

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 182.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung des Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme des Sonntags täglich 1923.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 5. September 1923.

Nr. 207.

## Die Frauen und die Gemeinde.

Zahrtausende lang wurden die Frauen in Unterwürfigkeit, Botmäßigkeit und Rechtslosigkeit gehalten. Ohne Einfluss auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens, waren sie die Dienerinnen ihrer Männer, hatten unter Krieg und Teuerung zu seufzen und zu leiden, und waren vielfach in solche Nacht des Unverständes gestochen, daß ihnen ihre aufwachsenden Söhne an öffentlichem Recht und Wert überlegen wurden. Eine der beharrlichsten Stützen der männlichen Ueberlegenheit schuf die Kirche in ihren Vorschriften. Paulus lehrte bereits (Timotheus 2, 11) „Ein Weib lerne in der Stille mit aller Unterwürfigkeit. Einem Weibe gestatte ich nicht, daß sie lehre, auch nicht, daß sie des Mannes Herr sei, sondern stille sei.“ Und in den Korintherbriefen 14, 34 und 35 steht zu lesen: „Eure Weiber lasset schweigen unter der Gemeinde, denn es soll ihnen nicht zugelassen werden, daß sie reden, sondern untertan sein, wie auch das Gesetz sagt. Wollen sie aber etwas lernen, so laßt sie daheim die Männer fragen. Es steht den Weibern übel an, unter der Gemeinde zu reden.“

Es ist der Sieg der Menschlichkeit über den Männerhochmut, der Triumph der Demokratie über alt-patriarchalische Gesellschaftszwang, daß die Frau der Gegenwart, mit Schaffens, an allen Werken der modernen Wirtschaft täglich rastlos tätig, in tausend Fabriken und Kontoren ihr Recht zur Mitsprache in allen Fragen der öffentlichen Verwaltung in wachsendem Maße, mit wachsender Fähigkeit und mit wachsenden Erfolgen ertrotzt hat.

Wer war der Bundesgenosse der modernen Frauen in ihrem Kampfe um diese Eroberung der politischen Macht? Der moderne Arbeiter, die Sozialdemokratie. Wenn nun in allen Ländern Europas und Amerikas das Frauenstimmrecht die Lehrjahre eines Paulus zu überflügeln verstanden hat, so gebietet Gerechtigkeitssinn und Geschichtsblick den Frauen die Pflicht der Erinnerung an diesen Bundesgenossen.

Seit ihrem Bestande forderte die Sozialdemokratie für alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre ab das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde. Welchen Hohn löste in der ersten Zeit diese Forderung in den Herzen der Bürgerlichen aus! In welchen Schreckgestalten verzerrte bürgerliche Fantasie das Bild der am Gesellschaftsbau mitarbeitenden Frau! Die Frauen der Gegenwart haben, gleichgestellt den Männern, das Recht und die Pflicht, zu wählen.

Wie werdet ihr nun wählen, Frauen und Mädchen? Was macht den Frauen die Gemeindevahlen besonders bedeutend?

### Die Gemeinde — ein Haushalt.

Kommenden Zeiten wird die Nachhundert währende Teilnahmslosigkeit der Frauen an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten als richtiger Ausdruck eines enghirnigen, kleingeistigen, habüchtigen Zeitalters erscheinen. Kommende Geschlechter werden nicht mehr allein im Kreise der Familie, die Tugenden der gegenseitigen Hilfe und Kameradschaft allein zu üben gewillt sein. Der ganze Erdball wird eine einzige große brüderliche Familie bilden. Von der Hauswirtschaft zur Weltwirtschaft — das ist der Gang der Weltgeschichte. Und jedem Menschen der Zukunft wird es selbstverständliches Wissen bedeuten, daß die Gemeinde nichts anderes darstellt, als den größeren, entscheidenderen Haushalt der Gemeinschaft.

Wie aber seit Jahrtausenden die größten Fähigkeiten der Frau in der Gestaltung der Hauswirtschaft, in der Betreuung und mütterlichen Pflege ihrer Schutzbesohlenen, in der Erhaltung und Schmückung ihres Heimes, in der Berebung und Verschönerung des häus-

## „Ich werde in Korfu bleiben . . .“

Äußerungen Mussolinis.

Rom, 4. September. (Stefani.) Ministerpräsident Mussolini gewährte dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ eine Unterredung, in deren Verlauf er u. a. erklärte: Wäre ein englischer Staatsmann an der gleichen Stelle gewesen, so hätte er ebenso gehandelt wie ich. Palmerston hat Griechenland analoge Maßnahmen angedroht in einem Falle, wo es sich um einen englischen Staatsangehörigen gehandelt hat, der in Wirklichkeit ein Portugiese war. Als im Jahre 1916 in Athen einige französische Matrosen getötet wurden, hat Frankreich Griechenland nicht weniger schwere Bedingungen auferlegt als Italien und außerdem Geiseln ausgehoben. Ich habe ein Pfand und ich werde es behalten, bis zur vollständigen und buchstäblichen Erfüllung der in meiner peremptorischen Note enthaltenen Bedingungen. Bis Griechenland sie erfüllen und zahlen wird, werde ich Korfu verlassen. Griechenland wird gut daran tun, sich mit dem Zahlen zu beeilen, da in der nächsten Woche der Preis ein höherer sein wird; denn diese maritimen Operationen kosten viel. Wenn Griechenland nicht zahlen wird, werde ich

für unbegrenzte Zeit auf Korfu bleiben,

das vier Jahrhunderte hindurch venezianisch gewesen ist. Ich habe nicht die Absicht, weitere griechische Gebiete zu besetzen oder andere Sanktionen anzuwenden, außer in dem Falle, daß Griechenland brüderweise italienische Staatsangehörige oder deren Eigentum angreifen sollte. In diesem Falle würde ich mich genötigt sehen, unverzüglich mit militärischen Aktionen zu beginnen.

Mussolini hob sodann noch ausdrücklich hervor, daß Griechenland an der Nordbaffäre beteiligt sei, wofür ein Beweis vorliegt. Südblasten, sagte er hinzu, hat allen Grund zu vermeiden, daß seinerseits Komplikationen hervorgerufen werden. Es war Zeit, daß irgend einer dieser kleinen Balkanbölker erfahren hat, daß Italien kein gering zu schätzender Staat von wenigen Millionen Einwohnern ist, sondern eine Großmacht, die stark ist aus eigener Kraft. Keine Politik ist, schloß der Ministerpräsident, durchaus friedlich. Ich weiß, daß der Welt für lange Zeit der Friede nottut, aber um den Frieden zu sichern, ist es geboten, stark zu sein.

## Die Antwortnote Griechenlands.

„Sofortige Räumung Korfus“.

Rom, 4. September. (Stefani.) Aus Athen wird gemeldet, daß die griechische Regierung gestern abends dem französischen Geschäftsträger in Athen die Antwort auf die Note der Vorkonferenz in Paris übergeben hat, deren Inhalt im wesentlichen folgender ist:

1. Die griechische Regierung verlangt die Konstituierung einer internationalen Untersuchungskommission, welche auf albanischem Gebiete ihre Nachforschungen anstellen soll. Die griechische Regierung teilt gleichzeitig mit, daß alle energischen Nachforschungen der griechischen Behörden weder zur Auffindung der Mörder noch

zur Klarstellung der Gründe des Verbrechens geführt haben.

2. In der Antwort wird verlangt, daß die Vorkonferenz ihren ganzen Einfluss dahin verwende, daß Italien von den geforderten Reparationen und Sanktionen absehe.

3. Die Note verlangt die sofortige Räumung Korfus.

Die griechische Antwort erwähnt nicht die Benützung und die Reparationen, welche Griechenland Italien für die Ermordung der italienischen Mission zu gewähren bereit wäre.

## Mussolini für den Austritt Italiens aus dem Völkerbund.

Rom, 4. September. (Stefani.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Ministerrates gab Mussolini eine kurze Erklärung über die auswärtige Lage ab. Auf Korfu, sagte er, ist der Stand der Dinge vollkommen normal, die Bevölkerung bewahrt Ruhe und die italienische Besatzung genügt für jeden Fall. Die europäische öffentliche Meinung beginnt ihren Standpunkt zu ändern und es mehren sich die Stimmen, welche sich über das Vorgehen Italiens günstig äußern. Es ist unstreitig, daß die italienische öffentliche Meinung durch das Verhalten eines großen Teiles der englischen Presse äußerst überrascht und betrübt ist. Ich hoffe, fuhr der Ministerpräsident fort, daß diese brennende Lehre des poli-

tischen Realismus, welche uns von der anderen Seite des Kanals zuteil wird, Italien von der Krankheit der üblichen Phrasen heilen wird.

Was den Völkerbund betrifft, so hat er das Bestreben gezeigt, auf sich die Aufgabe nehmen zu wollen, über die ganze Frage zu entscheiden. Das ist absolut unzulänglich. Die italienische Delegation in Genf wird also den Standpunkt verteidigen, daß der Völkerbund aus drei entscheidenden Gründen vollkommen inkompetent ist, um über eine Frage, welche außerhalb der Grenzen der Bestimmungen des Völkerbundesvertrages liegt, den Griechenland anruft, zu urteilen. Sollte sich trotzdem der Rat für kompetent erklären, wird sich Italien die Frage stellen, ob es im Völkerbunde bleiben oder aus ihm austreten soll. Ich

habe mich bereits für die zweite Eventualität entschieden und verlange, daß sich der Ministerrat äußere, ob er, den formalen Instruktionen, die ich gestern Giuriati zukommen ließ und die Salandra vor dem Völkerbunde darlegen wird, zustimmt.

Der Ministerrat hat mit dem Standpunkte des Ministerpräsidenten sein vollkommenes und bedingungsloses Einvernehmen ausgesprochen.

## Italien gegen die Intervention des Völkerbundes.

Genf, 4. September. An der ersten Sitzung des Völkerbundes nahmen von den 52 Mitgliedsstaaten nur 45 teil. Nicht erschienen sind bisher die Delegationen von Argentinien, Bolivien, Guatemala, Angora, Nicaragua, Peru und Luxemburg. Es steht noch nicht fest, ob der Völkerbund morgen zu der angekündigten zweiten Sitzung über den griechischen Appell an den Völkerbund zusammentreten kann, da man auf alle Fälle die Rückkehr des zweiten italienischen Delegierten Giuriati abwarten will, den Salandra nach Rom zur Berichterstattung und zur Einholung endgültiger Instruktionen entsendet hat.

In den der Völkerbundsversammlung nahe stehenden Kreisen verläutet, daß die italienische Regierung nachdrücklich gegen die Intervention des Völkerbundes Stellung nehmen will, während Englands Vertreter, die Delegierten der Dominions und vor allem die skandinavischen Vertreter ein Nichteingreifen des Völkerbundes als ernste Gefahr für die Zukunft des Völkerbundes betrachten. In einer besonderen Besprechung hat der skandinavische Delegierte Sellmann bereits die etwaigen Folgen, die aus einem Nichteingreifen des Völkerbundes erwachsen könnten, erörtert.

## Völkerbund oder Haager Schiedsgericht?

London, 4. September. Nach Anschauung zahlreicher Blätter ist in der griechisch-italienischen Krise, wenigstens insofern die Entscheidung in Genf fallen sollte, ein Umschwung zum Besseren eingetreten. Diese Anschauung gründet sich vor allem auf den Nachrichten des Korrespondenten der „Daily News“, welche durch die „Times“ ihre Bestätigung finden, daß nämlich die französische Regierung sich entschlossen habe, den Standpunkt zu unterstützen, auf welchem die britischen Delegierten energisch verharren, nämlich, daß sich mit dem Vorfalle der Völkerbund und nicht der Vorkonferenz in Paris zu beschäftigen hat. Die Einmütigkeit Frankreichs und Großbritanniens bezüglich dieses Grundsatzes kann eine entscheidende Wendung des ganzen Streitfalles bringen. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt, ob in Genf der aus gewissen italienischen Kreisen hervorgegangene Vorschlag zur Verhandlung gelangt, daß sich der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag über den Fall äußert. Aber auch darin kann ein Fortschritt erblickt werden, daß die Italiener von ihrer bisherigen Opposition gegen die Intervention irgend eines unparteiischen internationalen Tribunals abgewichen sind. Soweit es sich um die Anschauung einzelner Delegierter, die in Genf versammelt sind, handelt, erklärt die „Daily News“, daß allgemein die Ansicht überwiegt, es sei notwendig, sich mit aller Entschiedenheit dafür einzusetzen, daß die im Völkerbunde übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden.

ist, welchen Kandidaten, welcher Partei ihr das Los der Kinder in der Gemeinde anvertraut?

### Schule und Gemeinde.

Die Mutter schenkt dem Kinde das Leben, aber jeder wird durch die Steigerung seiner Anlagen zum zweitenmale geboren. Hat doch ein griechischer Denker der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Verbreden ihren Grund in der Bildungslosigkeit und in der schlechten Erziehung und Einrichtung der Gemeinschaft hätten. Um so wichtiger und entscheidender ist die Fürsorge der Gemeinde im Schulwesen. In keiner Schulkasse mehr als dreißig Kinder! Jeder Schulraum rein, sonnig, freundlich! Keine Schulstunde mehr eine Qual der Kinder! Kein Lehrer mehr Tyrann! Kein Lernen mehr Sträfling! Allen Kindern unentgeltliche Lehrmittel, unentgeltliche Schulbücher! Alle Kinder mittags auf öffentliche Kosten ausgiebig und kräftig gemeinschaftlich gespeist!

wieviel kulturelle Arbeit nur im Ansätze oder aber gar nicht noch geleistet wird. Wo und wie kommen die Kinder dieser Zeit zur Welt? Wo stehen die städtischen Gebärstalten, verbunden mit Schwangerenschutzhäusern, Säuglingspflegestätten, Mutterkubberatungsstellen? Habt ihr im Vorschlag eurer Gemeinde Einsicht genommen, ob und wieviel für Kinderhospitäler, Kindergärten, Kinderspielfläche, Ferienkolonien, ausgeworfen wurde? Wist ihr glücklicheren, die von Vater und Mutter erzo-gen wurden, wie das Waisenhaus eurer Gemeinde aussieht? Steht es unter Aufsicht warmerherziger Fachleute? Stehen den Kindern Pflegerinnen und Ärzte in genügender Zahl zur Seite? Bleibt der Geist der Kleinen frei von dem Ungeist harter und lebensfremder Normen? Welche neuen Felder der öffentlichen Betätigung winken hier den Frauen? Fühlt ihr, daß ihr mitverantwortlich seid an dem Schicksal der Jüngsten und Wehrlosten unter uns? Ahnt ihr bereits, wie wichtig es

### Die Kinder und die Gemeinde.

Die Mitarbeit der Frauen an der Verwaltung der Gemeinde wird erst aufzulegen,



In jeder Schule eine Lehrwerkstätte, ein Turnsaal, ein Spielplatz, ein Schulgarten, eine Zahnklinik, eine Schülerbücherei! Die Gemeindefschulen zu Stätten demokratischer Jugendzucht umzuwandeln, es sei mit eurer Sorge, wenn ihr den Zimmertitel in die Urne werft.

Die Wohnung und die Gemeinde.

Der Krieg hat die Kultur Europas um ein Jahrhundert zurückgeworfen. Tausende von Menschen stehen ohne die erste Voraussetzung aller Entfaltung und Lebensfreude: ohne Heim! Tausende von Menschen sind den Wucherinstinkten räuberischer Zimmervermieter ausgeliefert. Wieviel Lebensglück verliert sich der jungen Generation der Gegenwart! Denkt ihr daran, Mädchen und junge Frauen? Die Gemeinden durch das kraftvolle Wort der Frauen auf das bestimmte an ihre Pflichten gemahnt, können an der Errichtung häßlicher Häuser, an der Behebung der barbarischen Wohnungsnot mitwirken. Der Bebauungsplan einer Stadt, die Einzeichnung städtischen Bodens, die Errichtung eines Gemeindebauamtes, das sind nicht trockene Dinge, die allein das Männerhirn zu beschäftigen haben, das sind die Vorarbeiten zum stillen Glück häuslicher Gemeinschaft. Mieterrecht, das Gemeindefrecht auf Wohnung, Regelung der Mietzinse durch die Gemeinde, Bildung von Mieteräten, Einfluß auf die Gestaltung der Bau- und Wohnordnung, alles dies werde Sorge der Frauen, die den Zusammenhang von Gemeindefleben und Einzelleben zu erfassen können.

Aber zum Heim gehört Beleuchtung, Beheizung, gehört Kanalisation, gehört die gepflasterte Straße. Das sind die Häden, die vom Herd der Hausfrau in das Sitzungszimmer des Gemeinderates laufen. Die Versorgung mit Wasser und Licht, Straßenbahnen, die Errichtung häßlicher Steinbrüche und Ziegelwerke, es ist nicht, was die Frauen nicht zu interessieren hätte.

Gesundheit und Gemeinde.

Beschaffung guten und gesunden Trinkwassers, richtige Kanalisation, Flößerung nicht nur der Schmutzstraßen für die Reichen, sie sind die Hüter der städtischen Gesundheit. Auch hier hat die Weltgeschichte den Menschengeschehen: von der Pfahleule zum Stadtpflicht! Vom Gebet der verlorenen Ohnmacht bis zur Selbsthilfe triumphierender Wissenschaft! Der städtische Arzt, die städtische Apotheke, das städtische Bad, das städtische Sanitätsauto, das städtische Spital, die städtische Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus, die städtische Wohnungsinpektorin, — in alles dies an Stelle eines altenstrengen Bürokratismus den mütterlichen Pflegegeist der Frauen zu tragen, sei Mitjorge der Wählerinnen!

Kultur und die Gemeinde.

Die Beachtung des staatlichen Volksbibliothekgesetzes, die Errichtung und Erweiterung von Volksbüchereien und Volksleshallen, ihre Ergänzung durch Kinderbüchereien, die vorbildliche Führung des städtischen Theaters, der Musikpflege durch die Kommune, die Ueberwachung der Kinos, die Bevorzugung kulturell hochstehender Filme, die Subventionierung volksbildnerischer Veranstaltungen durch die Gemeinde, die Anlage von Sportplätzen, alles dies zehrt, wieviel Freude eine sozialpolitisch tätige Gemeinde in den Sonntag jeder Woche zu bringen vermöchte, wie trostlos das öffentliche Leben in den Aufstößen der Bevölkerung überall dort verarmen muß, wo Gemeindefvertretungen ihre kulturellen Aufgaben ungelöst lassen.

Nicht schweigen in der Gemeindestube.

Die Gemeinde als Haushalt, die Sorge um die Kinder, die Zukunft der Schule, die Gründung des eigenen Heimes, die Erhaltung der Gesundheit, die Sehnsucht nach Freude — wir haben gesehen, daß es zugleich Interessen der Frauen und der Gemeinden sind. So taucht die schicksalshwere Frage auf, wem geht ihr Frauen und Mädchen euer Stimmen, daß die Gemeinde euer Interessen erkennen und befriedigt? Ein Kranz von Werbemännern wird euch umgeben. Es tauchen auf die Nationalisten und werden vom deutschen Kind, von der deutschen Schule, von der deutschen Heimat sprechen. Fragt sie, warum die einen deutschen Kinder fröhlich und pausbäckig sind, die anderen blaß und unterernährt. Fragt sie, warum von den deutschen Schülern den einen die Universitäten offenstehen, den anderen verschlossen bleiben. Fragt sie, warum die einen in der deutschen Heimat die Hausherren, die anderen die Obdachlosen sind. Und erinnert sie an das Wort Platon: „Ein Staat in dem Klassen bestehen ist nicht einer, sondern zweier: den einen bilden die Armen, den anderen die Reichen.“

Und es kommen zu euch die Christlichen sozialen und werden sprechen vom katholischen Kind, von der katholischen Schule, von der katholischen Heimat, vom katholischen Weibe. Sagt ihnen nichts als das am Anfang des Auftrages zitierte Wort aus dem Korintherbriefe, daß nach ihrer Meinung die Frauen niemals in die Lage gekommen wären, zu wählen. Sagt ihnen, daß ihr nunmehr euer Stimmen benutzen wollt gegen den Feind der Frauenwürde.

Wollt ihr aber, daß Kind und Schule, Heim und Straße, Mann und Frau zu den Kulturhöhen aufsteigen, so denkt daran, daß alles, was hier auseinandergerissen wurde nicht

anderes ist als die Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokratie in den Gemeinden.

Der amerikanische Dichter Walt Whitman hat in einem seiner herrlichsten Gesänge die große Stadt begeistert geschildert: Es ist nicht die Stadt, wo die meisten Menschen wohnen und die größten Häuser ragen, es ist die Gemeinschaft, in der alle gesund, schön und weise sind.

Se regamer und leidenschaftlicher die Frauen teilnehmen an der Neugestaltung des Gemeindeflebens, um so mehr rückt die Stunde näher, in der jede Gemeinde eine solche „große Stadt“ wird.

Die Gemeindefwahlen.

In gewissen Gemeinden keine Wahlen!

Wie die politische Landesverwaltung mittel, finden in einer ganzen Reihe von böhmischen Gemeinden die Gemeindefwahlen am 16. September nicht statt. Unter diesen Gemeinden befindet sich auch Auffsig a. E. Als Grund führt die politische Landesverwaltung an, daß diese Gemeinden um die Zusammenlegung mit anderen Gemeinden ersucht haben.

Steuerflügen im Gemeindefwahlkampf.

Die Sozialdemokraten haben in der Zeit der Wirtschaftskrise zu wenig gespart, sie haben zuviel an sozialer Fürsorge geleistet, die „Steuerträger“ können das nicht bezahlen! — so hört man es von unseren Gegnern im Wahlkampf. Dabei wird auf die manchmal um einige hundert Prozent erhöhten Zuschläge zu den direkten Steuern, als Erfolg der sozialdemokratischen „Wirtschaft“ hingewiesen, daß es sich hierbei um einen der verlogensten demagogischen Kniffe handelt, kann von jedem, der mit dem System und der Veranlagung der in Betracht kommenden Steuern vertraut ist, leicht nachgewiesen werden.

Jede Gemeinde, welche ihre Aufgaben nur im selben Umfange wie vor dem Kriege erfüllen wollte, müßte der inneren Entwertung des Geldes entsprechend den rechnungsmäßig neunfachen Betrag wie in Friedenszeiten ausgeben, auf der Einnahmenseite aber erhöhte sich die Steuergrundlage für die Gemeindefzuschläge höchstens um das Dreifache, so daß nur die Differenz zwischen der aus obigem Grunde entstandenen Ausgaben- und Einnahmengeringerung durch einen um 500% erhöhten Zuschlag zu den direkten Steuern ausgeglichen werden müßte. Uebrigens haben gerade die von den bürgerlichen Parteien verwalteten Städte die höchsten Umlagen (Geg. 1200%). Was die sogenannten „Steuerträger“, als welche sich in den Städten gewöhnlich die Kleingewerbetreibenden, Handwerker, Kaufleute hinzustellen belieben, betrifft, so wäre ihre angebliche Entlastung mit dem Hinweis zu dämpfen, daß gerade sie zu den Gemeindeflasten außerordentlich wenig beitragen. Denn die Haupteinnahmen der städtischen Gemeindefwesen fließen aus den Zuschlägen zur Erwerbsteuer, deren Veranlagung schon, wie später gezeigt werden soll, nur ganz große Unternehmungen mit voller Wucht trifft. Die Grundsteuer, die eine Besteuerung der Grundrente darstellt und der alle landwirtschaftlich benutzbaren Grundflächen unterliegen, kommen für die genannten Bevölkerungsschichten ebenso wenig in Betracht, wie in ihrem Ertrage geringfügige 2%ige bzw. bei Spareinlagen 1,5%ige Rentensteuer. Die Hauszinssteuer aber ist mit Recht vor weiteren Gemeindefzuschlägen geschützt. Es bleibt also als einzige Einkommensquelle der Gemeinden nur die Erwerbsteuer übrig. Diese ist so veranlagt, daß man bei ihr eigentlich von zwei gänzlich verschiedenen Steuerzählungen sprechen kann, je nachdem sie von den für öffentlichen Rechnungszwecke verpflichteten Gesellschaften oder von den übrigen Erwerbsteuertägern entrichtet wird. Während die öffentlichen Rechnungszwecke (Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw.) nämlich in der Regel 10% des bilanzmäßigen Reingewinnes zu zahlen haben, wird die Grundlage der allgemeinen Erwerbsteuer unter Berücksichtigung der Betriebsmerkmale (Größe, Einrichtung des Betriebes usw.) durch Einteilung in Klassen, welche eine Steuergerichtigkeit bilden und das auf die Klassen entfallende Kontingent untereinander aufteilen, gewonnen. Gegenwärtig wird unter Wegfall der Steuergerichtigkeit die Steuerleistung dem einzelnen direkt zugewiesen, aber nur größere Unternehmen werden außerhalb des Kontingents bemessen. Die große Masse der Erwerbsteuerträger also zahlt, da die Kontingente gegenüber Friedenszeiten nur unbedeutend erhöht wurden, an effektivem Geldwert bedeutend weniger Steuer als in Friedenszeiten. Sie dürfte bei keinem 3% des Reingewinnes übersteigen.

Die Erwerbsteuerlisten zeigen nun in allen Gemeinden (rein agrarische ausgenommen), daß die Hauptsumme der Erwerbsteuer von den öffentlichen Rechnungszweckern zusammen mit den Erwerbsteuertägern erster Klasse entrichtet werden. Unter diese Kategorien fallen aber nur große industrielle oder Bankbetriebe. Das Verhältnis ist in der Regel so, daß diese Gruppe 80%, in Industriegebieten oft über 90% der ganzen Erwerbsteuer summe aufbringt. Der ganze Sparfahrscheinsel unserer Gegner zielt also, ohne daß es vielen Gewerbetreibenden bewußt ist, nur auf den Schutz einiger großer Fabrikanten und U-

tionäre. Da nun direkte Steuern wie die Erwerbsteuer auch in den Warenpreis gar nicht einfließen werden können, da man ja ihre Höhe vorher nicht feststellen kann und der höhere Ertrag ja auch wieder höher getroffen würde, haben die Zuschläge zur Erwerbsteuer nicht den geringsten Einfluß auf die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe, so daß Hinweise in dieser Richtung aufgelegter Schwindel sind.

Deutschnationale Freiheit.

Die Deutschnationalen, die allen Grund haben, sich vor der Abrechnung am 16. September zu fürchten, scheuen vor keinem Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zurück und die albernsten Argumente sind ihnen gut genug, der politischen Vertreterin der Arbeiterschaft ein am Fingerring zu fassen. Dabei geht die deutschnationale Presse mit einer Frechheit vor, die nicht leicht ihresgleichen findet. So schreibt zum Beispiel das Haidaer Käseblättchen der Partei des Herrn Lodgman mit Bezug auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindefvertreter, daß „keine, die von Gemeindefarbeit und Finanzwirtschaft keinen blauen Dunst haben, über Fragen von einschneidender Bedeutung entscheiden“. In tausenden Gemeinden haben seit dem Umsturz die Arbeiter all ihre Fähigkeiten, ihren ganzen Fleiß in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Ihr Geschick, ihre Umsicht, ihre Lauterkeit wurde selbst von den Anständigen unter den Gegnern wiederholt anerkannt. Und nun kommen deutschnationale Ignoranten, die ihre perfekte Unfähigkeit, eine Gemeinde mit Verantwortung und Erfolg zu verwalten, vor und während dem Kriege bis zum Erzech bewiesen haben, und beleidigen die Arbeiter und ihre Vertreter durch ihren arroganten Ton. Dummheit und „Ziely“ wachsen eben immer zusammen auf deutschnationalem Holz. Damit aber nicht genug, schreibt dasselbe Käseblättchen weiter:

„Es wurde darauf losgewirtschaftet mit den Steuergeldern, die eben die Sozialdemokraten nicht bezahlen brauchen; was früher als Ehrenstelle betrachtet wurde, muß jetzt bezahlt werden und wo es nur halbwegs möglich ist, wurde ein Parteigenosse untergebracht.“

Hier ist noch leichter zu erkennen, daß der Wahlkampf des deutschnationalen Haidaer Blattes dümm und frech zu gleicher Zeit ist. Unter den „Sozialdemokraten“, die „keine Steuern zahlen“, sind natürlich die Arbeiter gemeint. Und die Arbeiter, sie mögen nun sozialdemokratisch oder wie immer gesinnt sein, zahlen keine Steuern? Na freilich, zum Steueramt trägt die Steuern tatsächlich der Arbeiter meistens nicht. Das besorgt der Fabrikant, der Gastwirt, der Kaufmann. Aber das Geld, das sie abführen, haben ihnen die Arbeiter gesteuert, das hat der Unternehmer an den Fabrikanten verdient, der Wirt an Bier und Speisen „erarbeitet“, der Kaufmann an Brot und Wurst eingeheimt. Die indirekten Steuern — und die sind das Entscheidende — tragen in weit, weit überragendem Maße die Arbeiter, denn sie bilden die Masse der Verbraucher. Das weiß vielleicht selbst der Deutschnationale von Haida und nur weil er es nicht wagt, die Arbeiter schlechtlin wegen der Steuern anzugreifen — man will ja auch mit Arbeiterstimmen deutschnationale Gemeindefmandate erringen! — drum reißt er sich an den Sozialdemokraten. Daß diese sich frühere „Ehrenstellen“ bezahlen lassen, ist den Deutschnationalen ein Grund, die Sozialdemokraten — und damit wieder die Arbeiter — zu verunglimpfen. Früher einmal haben sich vermögende deutschnationale Funktionäre, Hausbesitzer und Fabrikanten, in der Gemeinde durch ihre „Umsicht“ selber bezahlt gemacht, haben an den Gemeinden verdient, daß sich die Balken im Rathaus bogen. Heute verdächtigen sie redliche, ehrliche Arbeiter, die auf eine entsprechende Bezahlung angewiesen sind, wenn sie öffentlichen Stellen annehmen sollen, die ihnen ihre normale Verdienstmöglichkeit zumindest teilweise rauben. Und wo deutsche Sozialdemokraten ihre Parteigenossen „unterbrachten“, das sollen die Deutschnationalen nur mit Angabe genauer Daten sagen. Ihre Lügenmäuler würden wir dann schon gehörig stopfen. Die deutschnationale Protektions- und Bettnerwirtschaft — die kennen wir zur Genüge. Sie nicht wieder einreichen zu lassen, haben die Arbeiter in der Hand.

Eine neuerliche Niederlage der Hakenkreuzler in Wannow.

Sonntag fand in Wannow bei Auffsig eine Gemeindefwählerversammlung statt, die sich zu

einer zweiten moralischen Niederlage der Hakenkreuzler gestaltete. Herr Krebs hatte in seiner „Deutschen Arbeiterzeitung“ behauptet, daß wir allein in Wannow keine Versammlung abhalten könnten. Es erschienen auch in der von uns einberufenen Wählerversammlung keine Hakenkreuzler, dennoch fand die äußerst stark besuchte Versammlung statt. An die Ausführenden des Genossen Bölinga knüpfte sich eine Debatte, in der ein Herr Scholz einen lebhaften Heiterkeitsersfolg erzielte. Er hielt nämlich eine hakenkreuzlerische Rede, an deren Schluß er zur Wahl der kommunistischen Liste aufforderte. Herr Scholz wollte nämlich bei den Hakenkreuzler kandidieren und da er dort abblühte, versuchte er sein Glück bei den Kommunisten. Er wurde von den anwesenden Kommunisten energisch abgeschüttelt. In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ hat Herr Krebs auch als Kronzeugen gegen unsere Partei den Kommunisten Maher geführt, der aber in der Versammlung die Behauptungen Krebs' als Lüge zurückwies.

Bankdirektoren als „Arbeiterkandidaten“.

In Brüg hat die deutsche Nationalpartei, um erfolgreicher auf Wählerfang ausgehen zu können, ihren an Ansehen stark ramponierten Namen bei der Kandidatur in die Gemeinde verheimlicht, dennoch aber drei Listen aufgestellt. Sie kandidiert erstens als Wahlbewerberin der „Freien Berufe und des Hausbestandes“, zweitens als „Handels- und Gewerbegruppe und deren Sacharbeiter“ und drittens als „Festbesoldeten- und Lohnarbeitergemeinschaft“. In dieser Lohnarbeitergemeinschaft befindet sich aber kein Arbeiter, sondern Oberlandesgerichtsräte, Bankdirektoren, Prokuristen, Abteilungs- vorstände usw.

Die Aufziffer sozialdemokratische Gemeindefraktion vor ihren Wählern.

Sonntag fand in Auffsig eine große Wählerversammlung statt, in der die Genossen Bürgermeister Bötzl und die Stadträte Schiller und Dr. Unger sprachen. Unsere Redner wiesen darauf hin, daß die Vertreter der Arbeiterschaft gerade in der schwersten Zeit zur Leitung der Gemeinden berufen wurden. Trotzdem ist es gelungen, nach vier Jahren Fortschritt in der Gemeindefordnung und System zu bringen. Die Redner zählten die Maßnahmen der Aufziffer Gemeindefvertretung, die vor allem ein Verdienst der sozialdemokratischen Stadterwaltung bilden, auf. Es wurden alle Schulgebäude der Volks- und Bürgerschulen in ihrer Einrichtung den Mittelschulen gleichgestellt, im Krankenhaus wurde ein Tuberkulose- und Infektionspavillon errichtet, das Stadttheater wurde in Eigenregie übernommen, es wurden Wohnhäuser gebaut, es wurde ein Stadtpflicht errichtet. All dies konnte nur gegen den Widerstand der bürgerlichen Gemeindefvertreter, die sogar die deutsche sozialdemokratische Gemeindefverwaltung bei der Prager Regierung wegen des Voranschlages denunziert hatten, durchgeführt werden. — Die Ausführungen der Redner fanden lebhaften Beifall und die Versammelten gingen mit dem Entschlusse auseinander, alles zu tun, um der Arbeiterschaft von Auffsig auch weiterhin Einfluß in der Gemeindefvertretung zu verschaffen.

Fünfzehn Kandidatenlisten in Prag. In der gestrigen Sitzung der Prager Wahlkommission ist bekanntgegeben worden, daß zu den Wahlen für die Zentralvertretung von Groß-Prag fünfzehn Kandidatenlisten überreicht wurden: Nummer 1: Tschechoslowakische Sozialistische Partei (Listenföhrer Dr. Pava), 2. Kommunistische Partei (Abgeordneter Soufer), 3. Fortschrittliche Sozialisten (Abgeordn. Sudec), 4. Tschechoslowakische Sozialdemokraten (Ferdinand Kellner), 5. Hausbesitzer (Baumeister Dolezal), 6. Nationaldemokraten (Dr. Banek), 7. Jüdische Partei (Dr. Singer), 8. Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (Dr. Engel), 9. Sozialistische Vereinigung (Dr. Brönsch), 10. Beamte und Lehrer (Professor Pour), 11. Deutsch-politischer Arbeitsklub (Dr. Edstein), 12. Tschechoslowakische Mieter (Majemus), 13. Tschechoslowakische (Ing. Dostal), 14. Tschechoslowakische Gewerkepartei (Pitros), 15. Agrarier (Zenkst).

Schmähtlich „ausgetrieben“. Anlässlich der Wahlkampagne brachte der Reichsberger „Vorwärts“ vor kurzem einen Angriff gegen Genossen Dr. Hahn, erhoben von „einem öffentlichen Angestellten“. Daraufhin richtete der Verbandsmann der öffentlichen Angestellten an den „Vorwärts“ einen Brief, in welchem er die kommunistische Redaktion ersuchte, daß dem betreffenden öffentlichen Angestellten, der Dr. Hahn angriff, eine beilegende Einladung zu einer Sitzung zugestellt werde, in welcher er dann seine Anklage gegen Dr. Hahn persönlich vorbringen möge. Was tat nun der „Vorwärts“? Er übernahm „die volle Verantwortung“ für die Notiz und — verzögerte es, den Namen des Angreifers zu nennen, beziehungsweise ihm Gelegenheit zu geben, persönlich für seine bisher anonymen Anklagen einzutreten. Das Antwortschreiben des „Vorwärts“, in dem dieser so jämmerlich den Rückzug antrat, ist gezeichnet von Viktor Stern, f. d. Redaktion“. Herr Stern also hatte die unangenehme Aufgabe, das schmähtliche Auskneifen des „Vorwärts“ und seines anonymen öffentlichen Angestellten mit seinem Namen zu decken.



# Gemeindegut und Gemeindevermögen.

Ueber die Randgebiete der Tschechoslowakischen Republik erstrecken sich ungeheure Wälder und Weiden, welche einst Gemeindegut der Markgenossenschaften waren. Im Laufe der Jahrhunderte unterlagen die Bauern der brutalen Gewalt des ritterlichen Adels, dem es gelang, die ungeheuren Landstrecken an sich zu reißen, indem sie Bauern zu Tausenden ermordeten oder vertrieben. Das Land blieb nun brach liegen und wurde höchstens zu Weidweiden von den adeligen Besitzern benutzt. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erwachte auch bei den feudalen Grundbesitzern das Interesse für die wirtschaftliche Ausnützung dieser brachliegenden Wälder und Weiden. Sie besiedelten diese Gegenden und damit sich Kolonisten fanden, die in diese Wildnisse zogen, waren diese Grundbesitzer genötigt, den Kolonisten verschiedene Rechte, welche insbesondere im Holzungs- und Weiderecht bestanden, einzuräumen. Die Kolonisten waren Waldarbeiter aus den benachbarten Ländern, in denen die Besiedlung schon weiter vorgeschritten war. Die Kinder dieser Waldarbeiter zogen in diese ungerodeten Gegenden, um sich selbständig zu machen, um eine eigene Wirtschaft zu führen.

Mit der zunehmenden Steigerung der Holz- und Grundwerte stieg das Bestreben der Waldbesitzer, die uralten vererbten Rechte den Kolonisten wieder zu schmälern oder ganz zu entziehen. Der Klassenkampf auf dem Lande, in den tiefen Wäldern, lehte mit ungeheurer Schärfe ein, weil der Verlust dieser Rechte die Unmöglichkeit der Existenz für die Kolonisten bedeutete. Selbstverständlich lebten sich diese ohnehin schwer um ihre Existenz ringenden Menschen zur Wehr und es gelang ihnen in vielen Gemeinden, die Grundbesitzer zu einem Ausgleich zu zwingen. Selbst ein Fürst Schwarzenberg, welcher noch heute einen Besitz von etwa 200.000 Hektar Grund sein eigen nennt, war gezwungen, vererbte Holzungs- und Weiderechte dadurch einzulösen, daß er dafür den Gemeinden ein bestimmtes Ausmaß von Wald und Weiden abtrat. Die Gemeinden übernahmen diese Grundstücke in Verwaltung und gelangten auf diese Weise in den Besitz von großen Waldflächen, die den Mitgliedern der Gemeinde als Ersatz für die abgetretenen Holzungs- und Weiderechte dienen sollten.

Um dieses Gemeindegut entbrannte aber in kurzer Zeit der Kampf zwischen den Altansässigen und den sogenannten Zuwohnern. Die Altansässigen, das sind diejenigen, welche zur Zeit des Ausleiches mit dem Grundbesitzer eine eigene Wirtschaft besaßen, rissen das Gemeindegut an sich und schalteten die jüngeren Einwohner, welche sich erst später eine Wirtschaft einrichteten oder sich, welche überhaupt keinen Besitz ihrer eigenen nennen, von dem Nutzungsrechte des der ganzen Gemeinde gehörenden Waldes und der Weiden aus. Der Klassenkampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen innerhalb der Gemeinde lehte ein. Viele Prozesse wurden wegen dieser Nutzungsrechte geführt, doch waren die Anstrengungen der Zuwohner erfolglos, da das zur Macht gelangte Bürger- und Bauernrecht es nicht zuließ, daß das begangene Unrecht wieder gutgemacht werde. So zum Beispiel wurde in Wallern im Böhmerwalde im Jahre 1810 mit dem Fürsten Schwarzenberg ein Ausgleich getroffen, wodurch die Gemeinde in den Besitz von über 5000 Joch Wald gelangte. Auch dort eigneten sich die Altansässigen diesen Wald an und schon im Jahre 1816 strengten die Zuwohner einen Prozeß an, welchen sie aber verloren. Seit dieser Zeit wurde ununterbrochen der Kampf um das Recht geführt, doch war es nicht möglich, solange das Bürger- und Bauernrecht die Alleinherrschenden waren, irgendwelchen Erfolg zu erringen.

Erst der politische Umsturz, welcher der Arbeiterklasse einen größeren politischen Einfluß verschaffte, ermöglichte ein Gesetz, welches den Entrechteten zu ihren Ansprüchen wieder verhelfen sollte. Nach dem § 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1910 wurden Liegenschaften, welche Gemeindegut sind, nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung für Gemeindevermögen erklärt. Dieses Gesetz bestimmte, daß der Besitz, der Genuß und die Verwaltung an die Gemeinde überzugehen hat. In jenen Gemeinden, in welchen im Jahre 1910 die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangten, oder zumindestens sich einen bestimmenden Einfluß verschaffen konnten, wurde sofort an die Ueberführung des Gemeindegutes ins Gemeindevermögen geschritten. Sie und da haben aber diese Bürger und Bauern ihr angebliches, alleiniges Anspruchsrecht auf dieses Gemeindegut so festgelegt, daß das neugeschaffene Gesetz nicht ausreichte, um ihnen das widerrechtlich angeeignete Gemeindevermögen zu entreißen. Aber auch in jenen Gemeinden, für welche die Bestimmungen des Gesetzes vollkommen ausreichten, setzten sich die privilegierten Bürger und Bauern noch immer zur Wehr und scheuten keine Kosten zur Führung von Prozessen, um zu erreichen, daß sie weiter die Nutznießer vom Gemeindegute bleiben. So zum Beispiel stützten sich die habsburgerlichen Bürger der Stadt Wallern auf den § 228 des allgemeinen bürgerlichen Rechtes und erklärten, daß nur jene Sachen als Gemeindegut zu betrachten sind, welche zum Genusse eines jeden Mitgliedes der Gemeinde dienen. Weil nun die Zuwohner durch Jahrzehnte um die ihnen zustehenden Rechte betrogen wurden und die Bürger einen unrechtmäßigen Nutzen für sich bezogen,

# Der Kampf der Bergarbeiter.

## Was geschieht mit der „Kontingentsohle“. — Kohlennot der Industrie und Anwachsen der Ansuchen um Kohlenzuweisungen.

### Die Streiklage unverändert.

Die Ansuchen um Zuweisungen von Kohle mehren sich trotz des vom Hauptverband der Industriellen an alle Unternehmer gerichteten vertraulichen Rundschreibens, keine Ansuchen um Kohlenzuweisungen zu stellen. Nicht nur, daß die Unternehmer diese Weisungen nicht befolgen, veranlassen sie sogar die Betriebsausschlüsse der Arbeiter, entweder gemeinsam mit ihnen oder allein um Zuweisung von Kohle für die Unternehmungen anzufordern. Die Zentralstreikleitung hat an das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in welcher angefragt wird:

1. ob das Ministerium für öffentliche Arbeiten das normale Kontingent der Kohleneinfuhr erhöht hat und
2. ob das Ministerium für öffentliche Arbeiten die eingeführte Kontingentsohle in erster Linie zur Beseitigung der öffentlichen Interessen dienenden Unternehmungen und der Humanitätsanstalten zu verwenden gedenkt.

Von der Antwort des Ministeriums wird die Zentralstreikleitung ihr Verhalten bei Kohlenzuweisungen abhängig machen.

### Die Gewerkschaftszentralen über die Wirkungen des Bergarbeiterstreikes.

Gestern fand in Prag eine Beratung der Vertreter der Gewerkschaftszentralen, des Odborové sdružení československé und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichenberg statt. Die Beratung besaßte sich mit dem Bergarbeiterstreik. Sie konstatierte dessen günstige Situation und unterzog auch seine Wirkungen auf das Wirtschaftsleben, die insbesondere ihren Ausdruck in Betriebseneinstellungen und in der Steigerung der Arbeitslosigkeit findet, einer eingehenden Diskussion. Sie beschloß daher, gemeinsam mit der Regierung voranzutreten und die Anträge zu stellen, welche Abwehrmaßnahmen sie zu treffen gedenkt. Die Sitzung sprach ferner ihre Enttäuschen darüber aus, daß die Regierung gegen die Grubenbesitzer, die durch weitere einschneidende Lohnherabsetzungen das Lebensniveau der Beschäftigten zu verschlechtern trachten, keine Schritte unternimmt.

In der Beratung wurde die Bereitschaft der beiden Zentralen und ihr gemeinsames Vorgehen zur Unterstützung der Bergarbeiter festgestellt.

### Unsere Stellungnahme zum Bergarbeiterstreik.

In Durchführung des am gestrigen Tag in Angelegenheit des Bergarbeiterstreikes vom Vollzugsausschuß und Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gefaßten Beschlusses auf Herbeiführung einer Aussprache mit der Regierung und einer sofortigen Einberufung des Parlamentes sprach der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Czich gestern beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses vor, welcher die sofortige Einholung der Entscheidung des Präsidiums über den vorliegenden Antrag auf Einberufung des Parlamentes versprach und die Vermittlung einer Aussprache des Klubpräsidenten der deutschen sozialdemokratischen Partei mit der Regierung übernahm. Infolge Erkrankung des Ministerpräsidenten Svehla, und Verweilen seines Stellvertreters Malypetr in der Slowakei, dürfte diese Aussprache erst in den nächsten Tagen stattfinden können.

### Die Regierung beschlagnahmt die Kohlenvorräte.

Eine Verordnung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat gestern auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Kohlenbewirtschaftung die auf den Prager und Borsodbahnhöfen lagernden Vorräte an Braunkohle und Kalksteine unter Sperre gestellt. Gleichzeitig wurden die Kohलगroßhändler angewiesen, sämt-

liche Kohlenvorräte dem Ministerium zur Verfügung zu halten.

Von gestern an dürfen ausschließlich auf Grund besonderer Erlaubnisse keine Kranken- und Heilanstalten, ferner Humanitätsanstalten und Unternehmungen, die der Lebensmittellieferung dienen, beliebert werden.

Diese Verordnung trat sofort in Kraft.

### Inlands- und Auslandskohlenpreise.

Was unsere Grubenpatrioten verdienen.

Die bei der Zentralstreikleitung einlaufenden dringlichen Ansuchen nehmen von Tag zu Tag einen immer größeren Umfang an und das trotz der in den bürgerlichen Zeitungen noch immer auftauchenden Lügenmeldungen, daß der Kohlenbedarf im Lande gedeckt sei. Besteht die Absicht, diesen Bedarf aus dem Kontingent der ober-schlesischen Kohle, über welches das Ministerium für öffentliche Arbeiten verfügt, zu decken, dann sind die Preisunterschiede zwischen dieser Kohle und den Preisen unserer Kohle direkt in die Augen springend.

Die ober-schlesische Kohle kostet heute ab Oberberg 33 K per Meterzentner, der Transport bis Prag 11.94 K, so daß sich diese Kohle in Prag auf 45 K stellt. Die Kadnoer Kohle kostet in Prag (ohne die beabsichtigte Herabsetzung) 34.39 K, die Dstrauer 34.14 K! In diesem Beispiel ist das Verhältnis der Preise unserer Kohle zu den Preisen der ausländischen Kohle deutlich zu erkennen. Man ahnt aber auch, wie groß die Gewinne wären, welche die Grubenbesitzer erzielen würden, wenn sie bei den jetzigen Preisen unsere Kohle ins Ausland verschoben würden, ohne die Preise tüchtig herabzusetzen.

Sehr bezeichnend ist auch der Umstand, daß eine Reihe von Industriellen, die immer behaupteten, daß sie infolge unserer Kohlenpreise genötigt wären, ihre Betriebe zu sperren, jetzt die Lieferung ober-schlesischer Kohle dringend verlangen, ohne nach dem Preise auch nur zu fragen.

Der Stadtgemeinde Prag erwächst infolge des Bezuges von ober-schlesischer Kohle für die Elektrizitätswerke eine wöchentliche Mehrausgabe von mindestens 300.000 K.

### Solidaritätskundgebung für die Bergarbeiter.

Die am Sonntag vormittag in Komotau stattgefundene Bezirkskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahm unter anderem eine Entscheidung an, in der es heißt: „Wieder einmal betähren sich die Bergarbeiter als Vorkämpfer der gesamten Arbeiterklasse, denn von dem Erfolg ihres heldenmütigen Widerstandes hängt es ab, ob eine neue Welle des Lohnabbaues über das Proletariat dieses Staates hereinbrechen wird, oder ob es seinen gegenwärtig völlig unzureichenden Lebensstandard wenigstens behaupten kann. Der Kampf der Bergarbeiter ist daher der Kampf für Millionen von Lohnsklaven um das nackte Dasein, ihr Sieg wird unser Sieg sein.“

Die am 3. September tagende Sitzung der Kreisgewerkschaftskommission Karlsbad hat sich eingehend mit dem Bergarbeiterstreik beschäftigt und besonders die Arbeitslosen aufgefordert, jedwede Streikbrucharbeit zu verweigern. Eine solche eintreift auch dann, wenn man sich zur Verladung und den Transport der Kohlen von den Schächten herbeiläßt oder sonst an der Vermittlung von Kohlen ohne Bewilligung des Revierstreikkomitees der Bergarbeiter mitwirkt. Die in den Betrieben Beschäftigten und jene, welche durch Kohlenmangel zur Arbeitseneinstellung gezwungen sind, haben jede Mitwirkung an der Kohlenvermittlung durch behördliche Vorschläge, wo immer es sei, abzulehnen.

### Die Studentenschaft für die Streikenden.

Die Zentralstreikleitung erhielt nachstehende Sympathiekundgebung: „Die Reichstagsung der Kreis- und Kulturbereine der Studenten in Pilsen sendet den Bergarbeitern Solidaritätsgrüße und erklärt, daß sie mit ihrem Kampfe und Forderungen vollständig übereinstimmt.“

gen, sollte das alte Unrecht weiterhin bestehen bleiben. Auch den § 70 der Gemeindeordnung wollten diese Bürger zu Hilfe rufen, von dem sie ableiteten, daß diese Waldflächen als Gemeindegut nicht in Betracht kommen. weil es in diesem Paragraphen heißt, daß kein Mitglied der Gemeinde einen größeren Genuß am Gemeindegute haben darf, als zur Deckung des Bedarfes seiner Wirtschaft und seines Hauses nötig ist. Weil die Bürger aber mehr Nutzen bezogen hatten, standen sie auf dem Standpunkt, hier handelt es sich um kein Gemeindegut, sondern um ein privates Eigentum. Die politischen Behörden erster und zweiter Instanz stellten sich ebenfalls auf diesen Standpunkt und erst beim Obersten Verwaltungsgerichtshof vermochte es die Wallerer Stadtgemeinde, ihr Recht durchzusetzen und wurde ihr der Wald ins Gemeindevermögen übertragen.

Die Herren Agrarier, Christlichsozialen und Deutschnationalen stellen sich überall gegen die Festschließung des Unrechtes und doch heute gibt es eine Reihe von Gemeinden, in denen die Großbauern die Nutznießer aus dem Gemeindegute

sind. Diefelben Großbauern, welche nichts für arme, gebrechliche Menschen, für Witwen und Waisen übrig haben, welche noch immer die Ortsarmen bittend von Haus zu Haus schiden, diese Menschen haben Jahrzehnte hindurch für sich aus dem Vermögen der Gesamtheit ungeheuren Nutzen gezogen. Deutlich zeigt sich aber die Notwendigkeit der Eroberung der Gemeindeverwaltungen durch die Kleinbauern und Arbeiter, für den Kampf um das Gemeindevermögen und um zu verhindern, daß das alte Unrecht weiter besteht und nur ein kleiner Klügel von Besitzern die Nutznießer des Gemeindevermögens bleiben. Die Gemeinden, welche gezwungen sind, hohe Umlagen einzuführen und in jeder Hinsicht ihre Ausgaben einzuschränken gezwungen sind, dürfen nicht weiter die Mittel für einige Großbauern sein. Die Gemeindevahlen bieten nun wieder eine Gelegenheit, den Kampf zur Beseitigung des alten Unrechtes auf neue aufzunehmen. Werden die Kleinbauern und Arbeiter die Gemeindeverwaltung in ihre Hände bekommen, so werden sie gewiß die Privilegien der Großbauern beseitigen.

# Telegramme.

## Jugoslawien „wartet ab“.

Belgrad, 3. September. Voraussichtlich wird morgen unter dem Vorste des Königs ein Ministerrat abgehalten werden, der den griechisch-italienischen Zwischenfall und die Rumänier Frage in Beratung ziehen wird.

Bezüglich der Stellungnahme der Regierung zu dem italienisch-griechischen Streitfall berichtet das gutinformierte Blatt „Breme“:

„Unsere Regierung erwartet mit Ungeduld, welchen Standpunkt der Völkerbundrat in dieser Angelegenheit einnehmen wird. Davon wird die Orientierung unserer Regierung abhängen. Sollte der Völkerbund einen energischen Standpunkt einnehmen und sich als fähig zeigen, seinen Willen beiden Streitenden aufzuerlegen, dann wird sich unsere Regierung mit der diplomatischen Aktion im Völkerbunde selbst begnügen. Zeigt sich aber der Völkerbund als schwach, dann wird unser Staat aktiv an der Entwirrung des italienisch-griechischen Streitfalles teilnehmen müssen.“

Die Rückkehr des Ministerpräsidenten Pašić wird im Laufe dieser Woche erwartet.

### Eine horthische Schmutzaffäre.

Budapest, 4. September. (Eigenbericht.) In der Nationalversammlung beschwerte sich heute der Abgeordnete Friedrich über die Verletzung seiner Immunität, die dadurch herbeigeführt wurde, daß die Regierung in der von ihm gegründeten türkisch-ungarischen Handelskammer eine Hausdurchsuchung vornehmen ließ und dabei viele Briefe des Friedrich beschlagnahmte. Den Vorwand hierzu gab ein Aufruf Friedrichs an die Arbeiterschaft, worin er sie zur Auswanderung nach der Türkei aufforderte; tatsächlich wollte sich jedoch die Regierung des Textes der Rede bemächtigen, welche Horthy in Sarag gehalten und die Friedrich in einer Interpellation zur Verlesung bringen wollte. Auch der Stenograph, der die Rede mitschrieb, sei verhaftet worden. Dann fragte Friedrich den Minister des Innern, warum er dem gewesenen christlichsozialen Abgeordneten Jakob einen Diplomatenpaß und die Reisekosten nach den Vereinigten Staaten gegeben und sich sogar persönlich für ihn um das amerikanische Einreisevisum bemüht habe. Friedrich deutete an, daß die Regierung dem Jakob, der im Besitze von Daten war, welche die Regierung und auch Horthy schwer kompromittieren, zur Flucht verholfen habe, um einen unbequemen Zeugen los zu werden. Der Minister des Innern gab zu, sich für Jakob verwendet zu haben, bestritt jedoch, davon gewußt zu haben, daß gegen ihn eine Strafuntersuchung im Gange sei.

### Stresemanns wirtschaftliches Anbot.

Für Frankreich eine bemerkenswerte Gelegenheit, einzulenken.

London, 4. September. (NR.) Wenn sich auch die Anmerkungen der Öffentlichkeit eine Zeitlang dem italienisch-griechischen Konflikt zugewendet hat, verlor doch die europäische Krise, deren Mittelpunkt Deutschland ist, nicht an Wichtigkeit. Diesen Ernst hat sich, wie es den Anschein hat, der deutsche Reichskanzler klar gemacht und seine in Stuttgart gesprochene Rede verdient entsprechende Aufmerksamkeit. Die „Times“ schreiben über die Rede: Der Reichskanzler hat begriffen, daß Deutschland nichts anderes übrig bleibt, als zwischen den Wirren des Bürgerkrieges und der Herstellung einer vernünftigen Verbindung mit der übrigen Welt zu wählen. Kein deutscher Staatsmann hat bisher die unbedingte Bereitschaft Deutschlands zur Abgabe von Reparationen und zur Gewährung produktiver Garantien betont, wie der jetzige Reichskanzler. Sein wirtschaftliches Angebot trägt einen politischen und finanziellen Charakter. Stresemann begreift vollständig, daß Deutschland, wenn es leben will, sich in irgendeiner Weise mit der Entente als einem Ganzen einigen muß. Deshalb bietet er industrielle und landwirtschaftliche produktive Pfänder. Es scheint uns, daß dieses Anbot Frankreich eine bemerkenswerte Gelegenheit darbietet, Frankreich will keine Annexionen, es will nur Reparationen erhalten. Wenn Frankreich dieses Anbot aufgreift und es zu entwickeln vermag, dann kann dies ein bedeutender Ansporn für das deutsche Volk werden, selbst bemüht zu sein, einen vernünftigen Standpunkt beizubehalten. Wenn sich Frankreich seiner Aufgabe in großmütiger Weise entledigt, kann es die größte Gefahr abwenden, die Europa droht.

### Ausgabe von Hundertmillionen-Marknoten.

Berlin, 4. September. In der kommenden Woche werden die schon vor einiger Zeit angeforderten Hundertmillionen-Marknoten der Reichsbank in den Verkehr gelangen. Inzwischen steigen die Preise namentlich auf dem Lebensmittelmarkt unaufhörlich weiter. Dabei macht sich besonders eine große Butterknappheit bemerkbar. Man hört lebhaft den Kurs von vier Millionen für das halbe Rilo. Ein Ei kostete heute 300.000 bis 340.000 Mark, ein halbes Rilo Schmalz 2.5 Millionen, ein halbes Rilo Schweinefleisch 3.6 bis 3.8 Millionen.



# Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

**Vulkane in Tätigkeit. — Die letzten Schahungen: 150.000 bis 200.000 Tote. — Feuersbrunfte, Explosionen, Springfluten als Begleiterscheinungen der Katastrophe. — Inseln und Städte verschwunden. — Lebensmittel- und Trinkwassernot. — Der Ministerpräsident ermordet?**

LONDON, 3. September. Zur Erdbebenkatastrophe in Japan wird weiter gemeldet: Eine Reihe von Vulkanen ist in lebhafter Tätigkeit. Gestern um 1 Uhr erfolgten in Yokohama mehrere weitere Erdstöße. Folgende Städte sind, wie berichtet wird, teilweise oder fast vollkommen vom Erdbeben oder durch Feuersbrunst zerstört: Tokio, Yokohama, Fukagawa, Senji, Yokosuka, Asakusa, Kanda, Monda, Schitawala, Atani, Gotemba und Salone. Anscheinend ist das ganze Land drei Meilen nördlich von Ofata und Kobe bis nach Senday heimgesucht worden. Die letzte Schahung der Verluste gibt die Zahl der Toten in Tokio und Yokohama auf 200.000 an.

Nach dem Berichte eines Augenzeugen kutzten in Tokio die Gebäude wie Kartenhauser zusammen. Die Stadt glückte einem Flammenmeer. Eine Explosion folgte der anderen, während Schreie des Entsetzens die Luft erfüllten. Das Erdbeben und das Feuer verschonte, wurde von den Springfluten weggeschwemmt. Die Obdachlosen in Tokio und in den anderen Städten sind ohne Nahrungsmittel.

An der Küste wurde durch die Sturmflut großer Schaden angerichtet. Ganze Städte wurden weggeschwemmt und viele Schiffe vernichtet. Die Insel Enoshima ist versunken. Alle Leuchttürme in der Bucht von Tokio sind unbrauchbar, insobedessen ist auch die Schifffahrt sehr erschwert. Das Schicksal der Schiffe in Yokohama ist noch unbekannt. Das amerikanische Flottenamt hat eine drastische Mitteilung des Befehlshabers des amerikanischen Flottengeschwaders im Stillen Ozean erhalten, worin dieser mitteilt, daß er 8 Zerstörer mit Lebensmitteln und Arzneien abgeschickt hat.

Der japanische Marineminister schätzt die Zahl der Opfer des Erdbebens und der Brände in Tokio auf 150.000. In Salone befindet sich eine große Zahl von Ausländern, welche aus den

am meisten bedrohten Orten ohne Geld und Nahrungsmittel geflucht sind und von denen einige verlegt sind. Sie erzählten, daß in Salone ungefähr 40 Ausländer zugrunde gegangen sind. — Wie die „Times“ aus Tokio melden, kurfiziert dort das Gerücht, daß Ministerpräsident Yamamoto ermordet wurde. (Admiral Graf Yamamoto wurde erst dieser Tage über Empfehlung des „Rates der Aeltesten“ an die Spitze des japanischen Kabinetts berufen.) — Die Gebäude der französischen und der italienischen Botschaft sind durch das Erdbeben vollständig zerstört worden.

Sechs Koreaner wurden infolge der Verhängung des Belagerungszustandes in den verwüsteten Gebieten erschossen.

## Amerikas Hilfsaktion.

WASHINGTON, 4. September. (Havas.) Der japanische Botschafter konferierte mit dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Hughes, welche ihn fragten, wie die Vereinigten Staaten Japan am besten Hilfe leisten könnten. Präsident Coolidge erteilte an das amerikanische Volk einen Aufruf, in welchem er die Bevölkerung aufforderte, den Japanern Hilfe zu leisten.

## Hungersnot und Unruhen in Tokio.

SAN FRANCISCO, 4. September. (Havas.) Radiogrammen aus Iwakai zufolge sind in Tokio wegen Lebensmittelmangels Unruhen ausgebrochen. Polizei mußte von der Seitenwaffe Gebrauch machen.

In Rio Goku ist eine Brücke eingestürzt und begrub in ihren Trümmern tausende von Personen, die in die Berge fliehen wollten. (Rio Goku ist eine Stadt in der Provinz Kanagawa.) Auch die Stadt Kofski in der gleichnamigen Provinz litt durch das Erdbeben bedeutend. Das Universitätsgebäude wurde vollständig vernichtet.

Das Hilfsbureau in Nagasaki meldete nach Shanghai, daß in Tokio 350.000 Häuser vernichtet worden und 130.000 Personen zugrundegegangen sind.

# Deutschland und der Völkerbund.

## Neuerliche Bedenken Deutschlands gegen den Beitritt.

Berlin, 4. September. (Eigenbericht.) Die verbandigungsreifen Kreise in Deutschland verlangen schon seit geraumer Zeit von der Reichsregierung, daß sie den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde anmelde, selbst auf die Gefahr hin, daß die Aufnahme infolge eines etwaigen Widerspruchs Frankreichs eine Verzögerung erleide. Es war auch zu erwarten, daß das Kabinett Stresemann auf das Drängen der Sozialdemokraten nun den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde anmelde werden. Durch die Weigerung Mussolinis, den Völkerbund im italienisch-griechischen Konflikt entscheiden zu lassen, besteht die Möglichkeit, daß der Völkerbund, dessen Bedeutung bisher in den großen Konflikten ohnehin nicht wesentlich war, an Einfluß noch

mehr verlieren wird, so daß es schließlich kein Land mehr werden kann, einem Bunde anzugehören, der sofort versagt, sobald die großen Machtmachte einen Konflikt nicht durch Schiedsgericht, sondern durch Waffengewalt auszutragen wünschen. Schon heute wird gemeldet, daß die Delegierten einer Reihe kleinerer Staaten die Absicht begeben, sich vom dem Völkerbund zurückzuziehen, wenn er nicht instande ist, die Lösung des italienisch-griechischen Konfliktes in die Hand zu nehmen. Sollte dieser Fall eintreten, dann würde dies Deutschland nicht gerade ermutigen, seinen Beitritt zum Völkerbunde anzumelden, denn es hat keinen Zweck, einer internationalen Organisation anzugehören, die in internationalen Fragen ohnmächtig ist.

## Poincaré will Stresemann antworten.

Berlin, 4. September. Die Abendblätter bringen eine Meldung aus Paris, wonach Ministerpräsident Poincaré auf die letzte Rede Stresemanns antwortet und im besonderen von den Bedingungen sprechen wird, unter denen eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland möglich wäre.

## Eine neue Devisenhausse in Deutschl. and.

Berlin, 4. September. (Eigenbericht.) Nachdem es einige Tage gelungen war, die Devisenkurse ziemlich stabil zu halten, siehe heute eine neue Hausse ein. Begründet wird sie vor allem mit dem außerordentlich hohen Devisenbedarf für den Einkauf ausländischer Kohle, dem nur ein ganz ungenügendes Angebot gegenüberstehe. Besonders aus dem Rheinlande liegen große Kaufaufträge vor. Die Reichsbank versuchte zu intervenieren, mußte sich jedoch bei der stürmischen Nachfrage große Beschränkungen auferlegen, so daß sie auf die Kursgefaltung nur einen unwesentlichen Einfluß nehmen konnte. Der Dollar stieg neuerdings von 9 auf 13, das englische Pfund von 44 auf 58, der Schweizer Frank von 1,7 auf 2,4 Millionen, die Tschechokrone von 284.000 auf 381.000.

## Franzosenherrschaft im Ruhrgebiet.

Köln, 4. September. (Wolff.) Wie hiesige Blätter aus Münster melden, haben die Franzosen gestern morgens über das gesamte Einbruchgebiet aus unbekanntem Gründen eine achttägige Postsperrung verhängt.

## Auf Befehl des Generals!

Düsseldorf, 4. September. Zweck Eintreibung der Geldstrafen ist General Degoutte zu scharfen Maßnahmen ubergewandert, indem er verfugte, daß die den deutschen Verurteilten gehörigen Gelder und beweglichen Güter beschlagnahmt und verkauft werden könnten. Die Einkunfte aus den verkauften Objekten seien bis zum Höchstbetrag der Schuld des Verurteilten zur Zahlung der Geldstrafen und Entschädigungen bestimmt.

## Die Berliner Straßenbahn in Privatbetrieb übergeben.

Berlin, 4. September. (Eigenbericht.) Die Verkehrsdeputation der Stadt Berlin hat heute dem Projekt des Magistrats zugestimmt, die Straßenbahnen in ihrer bisherigen Betriebsform stillzulegen und die Weiterführung einer besonderen stadtl. Betriebesgesellschaft zu übertragen. Zu diesem Zweck soll der Straenbahnverkehr am Sonnabend stillgelegt und Montag morgens stark einschränkt wieder aufgenommen werden.

## 850 Milliarden geraubt.

Paris, 4. September. Nach Blattermeldungen aus Kachen haben die Belgier in dem gesamten von ihnen besetzten Gebiete Requisitionen von Markbeiragen vorgenommen, bei denen ihnen in den verschiedenen Filialen der Reichsbank 850 Milliarden in die Hände fielen.

## Milderung eines belgischen Urteils.

Brüssel, 4. September. Die Agence Belge meldet: Das Appellationsgericht hat die auf 4

Monate lautende Strafe, die gegen den Reserveleutnant Met den Anzt wegen seines Angriffes auf den deutschen Geschäftsträger verhängt worden war, auf 1 Monat Gefängnis und 100 Frank Geldstrafe mit Bewahrungskrist herabgesetzt. In dem Urteil heißt es, es sei nicht festgestellt, daß Met den Anzt im Augenblicke des Angriffes gewußt habe, daß der Angegriffene diplomatische Eigenschaft besaß.

## Verlangen nach Rücktritt des Reichswehrrministers.

Berlin, 4. September. (Eigenbericht.) Die Differenzen zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichswehrrminister Gehler sind noch nicht beigelegt. Sie sind dadurch entstanden, daß Herr Gehler nicht nur das Fernbleiben der Reichswehr von der Verfassungsfeier in Dresden gebilligt, sondern auch den dienstlichen Verkehr der Reichswehr mit der sächsischen Regierung unterlagert hat. Der Reichswehrrminister, der jetzt auf Urlaub weilt, behauptet nun, daß die ganze Sache auf einem Mißverständnis beruhe. Er habe das Fernbleiben von der Verfassungsfeier nur unter der Bedingung gestattet, daß die Reichswehr eine eigene Feier abhalte; von einem Abbruch der Beziehungen könne keine Rede sein. Selbst wenn man an diese Erklärungen glauben will, so steht doch fest, daß unter der Leitung des Herrn Gehler der reaktionäre Charakter der Reichswehr immer deutlicher wird. Die sächsische Sozialdemokratische Fraktion hat ihn bisher nur deshalb nicht gefordert, weil sie im Kabinett in dieser Zeit nicht noch eine Regierungskrise herbeiführen will.

## Tages-Neuigkeiten.

### Blucherbundlers Abendgebet.

Privatdozent Ruge (Presschef des Völkerbundes): „Jeder soll an Stelle des Abendgebets täglich um den Vortag fassen, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis er einen Juden getötet hat.“

„Gott der Liebe, heiliges Erbarmen, Gott des Mitleids und vollender Dulderhaft, Geliebter Jesus, schenke mir Armen Zu einem kleinen Judenmord allezeit die Kraft.“

Wie du in Kreuzespein und Verenden Noch „Vater, vergib ihnen!“ gefleht, Stärke mich, bis mit wurgenden Händen Ich dem Teufel die Kehle abgedreht.

Segne mich in glühendem Mitgefuhle, In der Reinheit deines Wortenscheins, Wenn ich mit blutendem Messer wuhle In den Eingeweiden des semitischen Schweins.

La ihn, winselnd von Schmerz, in die Erde sich krallen,

Erstreck ihn unter meiner knienden Last, La vor Angst ihn tierische Laute fallen, Der du „Bebet eure Feinde“ gepredigt hast.

Und wenn dir am Auferstehungstage Mich freizusprechen die Macht gebriecht: Stell mich — du bist rechtlich in der Lage — Als Bapst vor ein Münchner Volksgericht! Sedis Nam in der „Glocke“.

## Kinder als unfreiwillige Spahmaer.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Zu heiteren Mißverständnissen geben mancherlei Dinge im Religionsunterrichte Anlaß, wenn sich die Kinder dabei nicht die richtige Vorstellung machen. So behauptete ein Mädchen, der „Sundensfall“ habe sich unter einem Kuchbaum zugetragen. Gefragt, wie es zu dieser Ansicht komme, verwies es auf die Bibel, wo von einem Baume des Lebens und der Erkenntnis (Erkenntnis) steht. Statt im Land Gosen wurden nach Meinung mancher Kinder die Israeliten in Rosen gepflanzt. — Darüber, warum sich Moses dem brennenden Busch mit bloßen Füßen nahte, gehen die jugendlichen Ausichten auseinander. Die einen denken, es sei ihm zu warm geworden, andere glauben, er habe Leder sparen wollen! — Simson mußte im Gefängnis mahlen. Da sagte ein Junge: „Aber das mußt dem starken Mann langweilig geworden sein, den ganzen Tag die Kaffeemühle drehen!“ — „Und sie gingen zu Herrn Kobes“, wird oft erzählt, daß die Weisen aus dem Morgenlande sich zum König Herodes begaben. — Als den Wohnort von Jesu Eltern wird bisweilen das Lazarett (Mazarett) angegeben. — Auch ist manchmal statt von einem Samariter vom barmherzigen Sanitäter die Rede! — Auf die Frage, wie das Jesus meinte, seine Stunde sei noch nicht gekommen, antwortete ein Mädchen, er habe an die Religionsstunde gedacht. — Der Gründonnerstag soll an die Einziehung der Brotkarte erinnern. — In Luther's 2. Erklärung zur 4. Bitte ist von „aut Regiment“ die Rede. Dabei dachte ein Junge an Gardereiter. — „Ich glaube, daß mich Gott geschickt hat samt allen Kreaturen“ beginnt die Erklärung des 1. Artikels. Da sagen die Kinder oft an: „... samt allen Grenadiere!“ — „Tre nicht mit heiligen Dingen Sport!“ gab einmal ein Junge die bekannte Stelle aus dem „Mat des Vaters“ wieder und sagte, nach dem Sinn dieser Zeile gefragt: „Wir sollen mit heiligen Wachern nicht Fußball spielen!“ — „Er nährt den Sperling auf dem Dach“ heißt es in einem geistlichen Volkslied. Diese Stelle sang ein Kind so: „Er frit den Sperling auf dem Dach.“ — Das

sechste Gebot wurde einmal wie folgt angefaßt: „Du sollst nicht ehebrechen! Was ist das? Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir unserem Nächsten an seinem Reibe keinen Schaden noch Leid tun ...“ — Wie Arant und Maben mußt es im Kopf eines Jungen ausgesehen haben, der zwei Sprüche ineinander brachte: „Wenn dich einer schlagt auf den rechten Boden, so reißt sein linkes Auge aus und wirf es von dir!“ — Auf die Frage, warum wir nicht bloß den gütigen und gelinden Herren untertan sein sollen, bekam ein Geistlicher die Antwort: „Weil die wunderlichen Herren, wenn man ihnen nicht gehorcht, launig groß werden!“ — „Vater“, erzählte ein Mädchen, „heute haben wir ein Lied auf. Da kommt vor, daß der liebe Gott unseren Winden auf dem Ballon zeigt, wohin sie wanden sollen. Das Lied heißt: Befiehl du deine Wege,“ und die Stelle, an die das Kind dachte: „Der Woffen, Luft und Winden gibt Wege, Lauf und Bahn, der wird auch Wege finden, die dein Fuß gehen kann.“

Unsere Toten. Am letzten Sonntag starb in Karlsbad nach langem schweren Leiden die Genossin Marie Worsch, die zu den tatigsten Parteigenossinnen in Karlsbad gehörte. Die Verstorbene gehörte seit der Gründung der Karlsbader Frauenorganisation unserer Partei an und war unermüdlich für diese tätig.

Erinnerungen an die „große Zeit“. Aus Kaschau wird berichtet: In einer tiefen Schlucht in den Beskiden fand eine Touristengruppe vierzehn Leichen von Soldaten aus dem Weltkrieg. Raschauer Militarkreise sorgten für eine würdige Bestattung.

Delogierung einer Proletarierfamilie unter Genbarmeriaffizien. Jemand ein Herr Kohn in Teplich hat, wie die „Freiheit“ meldet, vom Bezirksgerichte die Delogierung einer Proletarierfrau erwirkt und Freitag nachmittags sollte die Delogierung vorgenommen werden. Die armelige Habe der Proletarierfamilie wurde im Vorhause auf einen Einspanner zur Abfuhr geladen. Dieser soziale Friedensakt kostete aber zahlreiche Reuegierige heran, sobald die Repräsentanten der hohen Behörde einen revolutionären Ausbruch der emportren Anspannung befurdete. Es kamen zwei Polizisten, zwei Genbarmer und schließlich eine Abteilung von mindestens zwanzig Genbarmer, die sich kriegsmaig vor dem Hause aufplante. Kommandoworte erteilten und ber in seiner kriegerischen Funktion etwas aufgelegte, bleich gewordene Wachkommandant forderte die Anspannung im Namen des Gesees unter Hervorhebung der Folgen des Nichtfolgens zum Auseinandergehen auf, in seiner Anspannung jedoch nur in deutscher Sprache: prompt stellte sich der Patriot aus dem Publikum ein, der diese erhebenden Worte auch tschechisch hören wollte, welche Verlangen der Kommandant natürlich schnell erfullte. Dann öffnete sich das große Haus, der Wagen mit dem Delogierungsaut fuhr unter starker Bebedung majestatlich zum Spritzenhaus, wo die Möbel untergebracht wurden. Die Republik hat wieder einmal gefiegt.

Die Verwaltungskommission der Gemeinde Kasten. Der Schlussabsatz des § 8 der Gemeindeordnung lautet: „Der ungeschicht dessen, daß die zuständige Körperschaft oder Behörde die Zustimmung zur Ablehnung oder Verzichtleistung verweigert oder deren Berechtigung nicht anerkannt hat, die Annahme der Wahl oder die Beibehaltung des Amtes verweigert, oder wer sich weigert, vor rechtskräftiger Entscheidung über den Verzicht sein Amt auszuubeln, verliert die Wählbarkeit für die laufende und die nachstfolgende Wahlperiode.“ Die der tschechisch-nationalsozialistischen Partei angehörigen Mitglieder der Gemeindevertretung Kasten haben vor einiger Zeit auf ihr Amt verzichtet und noch vor rechtskräftiger Entscheidung über diesen Verzicht, die Ausübung des Mandates verweigert, haben also die Wählbarkeit für die laufende und die nachstfolgende Wahlperiode verloren. Trotzdem hat die politische Bezirksverwaltung Teplich in die von ihr eingesetzte Verwaltungskommission der Gemeinde Kasten mehrere dieser, der Wählbarkeit verlustigen Personen entsendet, ja sogar den Vorsitzenden der Verwaltungskommission aus ihnen entnommen. Natürlich wurde auch kein Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Kasten ist eine Gemeinde mit deutscher Bevölkerungsmehrheit, aber starker tschechischer Minderheit.

Ein politischer Mord in Paris. Wie die Blätter melden, ist Sonntag ein italienischer Anhänger der faschistischen Partei in Paris von italienischen Kommunisten ermordet worden. Ein zweiter italienischer Faschist wurde in der Nähe seiner Wohnung überfallen und schwer verletzt. Auch hier ergab die polizeiliche Untersuchung, daß die Tat von italienischen Kommunisten verübt wurde, die von der Regierung Mussolini ausgewiesen worden waren. Der Pariser Polizeipräsident hat beschlossen, die Gebäude, in denen italienische Arbeiter untergebracht sind, einer besonderen Bewachung zu unterstellen und eine Untersuchung einzuleiten, um die kommunistischen Organisationen ausfindig zu machen, in denen Attentate vorbereitet werden.

Kalenrenzierer und Moskowiter. In Berliner politischen Kreisen laufen Gerüchte um, die von der Einleitung von Verhandlungen zwischen Kommunisten und den Deutschvolkslisten über ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien wissen wollen. Diese Gerüchte werden noch dadurch verstärkt, daß die „Kote Fahn“ wiederum nicht nur einen Artikel des deutschvolkslistigen Grafen Reventlow über das Trennende zwischen den beiden Parteien veröffentlicht, sondern zugleich auch darauf antwortet und bereits ein Bündnis für bestimmte, genau umschrie-



Gene Ziele für möglich erklärt. Zur weiteren Klärung der Angelegenheit fordert das Reich die Reichsbehörden auf, in der bestimmten Form sich darüber zu äußern, welche konkreten, außenpolitischen Folgerungen sie aus ihrer Einstellung ziehen würden, wie sie sich zu den Fragen stellen, die in Deutschland die angegebenen Ausgangspunkte der sozialen Revolution seien, und wie sie sich die politische Form der sozialen Revolution denken.

**Er mordung eines tschechoslowakischen Kapitäns.** Aus Boslowitz wird gemeldet: Gestern um 6 Uhr früh wurde unweit Zebranz die Leiche des Kapitäns der 11. Rotte des 43. Inf.-Regts. Hanulka aufgefunden. Eine Gerichts-Kommission erschien an Ort und Stelle. Nach Exhumation der Leiche wurde festgestellt, daß Hanulka aus einer kurzen Handfeuerwaffe zweimal von hinten getroffen wurde. Es wurde festgestellt, daß der Mord weder mit den Manövern noch mit dem Militärdienst etwas zu tun hat. Die Sicherheitsbehörden haben die Nachforschungen nach den Tätern eingeleitet.

**Entlassung überzähliger Militärpflichtiger im Jahre 1923.** Das Ministerium für nationale Verteidigung macht darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre nach dem Eintreten der Rekruten in den Präsenzdienst, der ziffermäßige Beeresstand nicht überschritten wird und daß es deshalb nicht zu Entlassungen überzähliger Rekruten im Sinne der Verordnung vom 5. Oktober 1921 kommen wird. Gesuche um Stellung in Reserve sind daher gegenstandslos.

**Der Polizeikongress in Wien.** Montag vormittags wurde im Festsaal der Wiener Polizeidirektion ein internationaler Polizeikongress eröffnet. Es nahmen an ihm fünfzig leitende Polizeibeamte aus großen Städten teil. Der Zweck des Kongresses ist, festzustellen, durch welche Mittel es leichter gelingen soll, die sogenannten internationalen Verbrecher, das sind die Diebe und Hochstapler, die auf Reisen durch alle Länder ihr Gewerbe ausüben, leichter zu fassen. Der Wiener Polizeipräsident Dr. Schuler hielt die Begrüßungsansprache. Der Rat Dr. Schulz von der Wiener Polizei leitete die Verhandlungen mit einem Referat ein, in dem er darauf hinwies, wie sehr infolge des Krieges das Verbrechertum zunahm. Er zeigte das besonders an den Banknotenfälschungen, Scherfälschungen, Hotel- und Eisenbahndiebstählen. Natürlich dürfen aber politische Verbrecher nicht mit den Mitteln verfolgt werden wie gemeine Verbrecher. Es werde der unmittelbare Verkehr der Polizei angelehnt, ohne daß der sogenannte diplomatische Weg eingeschlagen sei.

**Das verfinsterte Simbirsk.** Niemand, der das reizende, in seinen Gärten ruhende Simbirsk an der mittleren Wolga sieht, konnte glauben, daß diese Stadt zum Tode verurteilt ist. Durch die Stadt geht eine 50 Hektar breite und zehn Hektar tiefe Schlucht, auf deren Grunde das flüchtige Simbirsk liegt. Diese Schlucht, gegen die man seit den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts in sähem Kampf liegt, hat wie „Der Wolgadeutsche“ berichtet, während des Krieges und besonders nachher nicht nur Holzhäuser, sondern Steingebäude und ganze Straßen zerstört. Ende 1920 stürzte einer der drei großen Dämme ein, die den Handelsteil der Stadt mit dem Zentrum verbinden, und schon nähert sich die Schlucht der Hauptstraße. Der zweite Feind der Stadt ist ihr hydrogeologischer Unterbau, der eine ständig wachsende Fläche darstellt. Im Jahre 1915 fand die letzte große Katastrophe eines Erdstößes am Fuß des Simbirsker Berges statt; seitdem sind aber die herrlichen Wälder um die Stadt abgeholzt, alle Kanäle und Drainagen verstopft und dadurch neue größere Katastrophen vorbereitet. Der dritte Feind ist der Fluß Swijaga, der um den hohen Teil der Stadt Simbirsk herumfließt, und zwar 25 Fuß höher als die Wolga. Dadurch werden die Ufer unterhöhlt, und die Bewohner müssen ihre einflüchtenden Häuser auf festem Grund übertragen. Als am 6. August 1922 ein Wollenbruch stattfand, wurden fünf Straßen vernichtet. An Stelle der einen bildete sich eine Schlucht. Es gibt kein Haus in der Stadt, das nicht Risse und Spalten aufweist. Der hohe Glockenturm der Troizkirch steht schief wie der Turm von Pisa.

(Nachdruck verboten.)

### Die Glückshude.

Erzählung von Ernst Frenzang.

XV.

Als die Weihnacht kam und die Wägen von allen Türmen ihre feierliche Postkutsch in das weiße Land hallen ließen, da lag Jeremias schon einige Fuß tief unter der Erde, in dem rechtgedigen Loch, das der Totengräber unter Schlingen und Fluchen und Schnapstrinken mühselig mit der Spitzhade in den harigefrorenen Boden gebracht hatte. Es war ein stilles, sehr stilles Begräbnis gewesen. Die Menschen hatten sich vor dem jorzigen Schneestöber, das durch die Straßen braufte, an die Gassen zurückgezogen. Nur Trude und Doktor Trall kämpften sich hinter dem Leichenwagen durch das Wetter. Fröstelnd traten die Träger an den Wagen, hoben den Sarg ab und hatten es sehr eilig, zu dem rechtgedigen Loch zu kommen. Alle hatten es eilig, die eine Hand rühren mußten. Der Pfarrer war nicht bemüht worden; es betraute ihn heute gewiß nicht.

Und der Totengräber setzte das Amen gleich hinter den Anfang des Vaterunsers.

Doktor Trall geleitete Frau Trude nach Hause, redete noch ein wenig auf sie ein, das darauf hinausließ: Alles sei so gekommen, wie es kommen mußte; es sei schließlich am besten so — und dergleichen, was wohl für einen Arzt, nicht aber für Trude in diesem Augenblick Beweiskraft hatte und Trost war. Dann drückte er ihr herzlich die

**Japanen als Erdbebenwarner.** Im Hinblick auf die fürchterliche Erdbebenkatastrophe, die jordanen Jolofa und Tokio heimgesucht hat, verdienen die Untersuchungen Aufmerksamkeit, die der japanische Beobachter Mori über die seismische Empfindlichkeit der Japanen angestellt hat, die die Vögel geradezu zu Erdbebenwarner macht. Daß gewisse Tiere vor einem Erdbeben eine auffällige Unruhe zeigen, ist bekannt; man weiß auch, daß die Japanen in dieser Beziehung besonders empfindlich sind und selbst leichte Beben, die den stärkeren Zöhen voranzugehen pflegen, durch ihr Verhalten anzeigen. Mori hat diesem Problem seit längerer Zeit seine Aufmerksamkeit gewidmet. Bei diesen Studien sah er sich durch den Reichtum an Japanen und die Häufigkeit der Erdbeben in Japan besonders begünstigt. Das Beobachtungsmaterial bot ihm eine Reihe Silberfische, die in einem 100 Meter von seiner Haus entfernten Baim in Freiheit lebten. Über das Ergebnis seiner dreijährigen Beobachtung, die sich auf 22 Fälle seismischer Störungen bezieht, hat er in den Nachrichten des Kaiserlich-japanischen Untersuchungsausschusses für Erdbebenforschung berichtet. Danach wurden in vier Fällen die Beben von den Menschen überhaupt nicht gemerkt, obgleich die seismographischen Apparate leichte Schwingungen zeigten und die Japanen eine unmerkliche Aufregung an den Tag legten. In sieben Fällen zeigten die Japanen vor Eintreten des Bebens dieses an, in fünf Fällen während des Bebens selbst und in fünf Fällen nachher. Nur in einem einzigen der 22 Fälle blieb das Erdbeben von den Japanen unbemerkt. Mori schließt daraus, daß zumindest in der Hälfte aller Fälle seismische Störungen von Japanen mit großer Zuverlässigkeit angezeigt werden, mit größerer Zuverlässigkeit als ein erfahrener Beobachter, der unter den günstigsten Bedingungen arbeitet, es zu tun vermöchte.

**Der „blaue Mann“ gestorben.** In New York starb kürzlich Kapitän Frank Walter, der viele Jahre unter dem Pseudonym „Der blaue Mann“ die größte Sehenwürdigkeit der Darnumischen Wanderbahn gewesen war. Die Sektion der Leiche erbrachte den Beweis, daß nicht nur die Epidermis des Mannes, sondern auch das Gehirn, das Herz und die anderen Organe ebenso wie alle Gewebeteile gleichförmig blaugefärbt waren. Man führt dies Phänomen darauf zurück, daß Walter sich vor circa 40 Jahren, da er als Ingenieur in einer australischen Mine arbeitete, eine Kohlenstaubvergiftung zugezogen hatte, was allerdings nicht hinderte, daß er ein Alter von 68 Jahren erreichte.

**Retourflug einer Reisende.** Eine Briefstunde, die am 13. Juli von Reggio Calabria in Italien aufgefassen worden war, war vom Woge abgenommen und nach entgegengesetzter Richtung weitergefliegen, so daß sie über Sialien nach Tunis gelangte. Sie folgte dann der afrikanischen Küste und erreichte die Straße von Gibraltar, um von hier aus den Flug über das Meer zu wagen. Unterwegs war die Taube aber infolge Erschöpfung gezwungen, sich auf dem Mast des italienischen Dampfers „Stella“ niederzulassen. Sie wurde hier von dem Kapitän Cattarin gefangen, der der Flugstube über den Gang und das Mittelschiff des kleinen Wanderers berichtete. Nachdem sich die Taube erholt hatte, nahm sie am nächsten Tag den Flug wieder auf, gelangte zur spanischen Küste, von wo aus sie ihren Schlag in Reggio Calabria wieder erreichte. Man schätzt, daß die Taube einen Weg von rund 4000 Kilometer zurückgelegt hat.

**Sturmweherschäden in der Nordsee.** Der schwere Sturm, der am Donnerstag und Freitag über Nordwestdeutschland tobte, und der auch in Hamburg Schäden anrichtete, hat sowohl auf der Nordsee als auch in Hamburg manches Opfer gefordert. Der Dampfer „Kaiser“ hat vor Helgoland Anker und Rente verloren. Der am Mittwoch von Hamburg nach Newcastle abgegangene Dampfer „Duisburg“ ist mit Geschaden nach der Elbe zurückgegangen. Auf Helgoland hat der Sturm an der Nordseite der Düne erheblichen Schaden angerichtet. Der Fischkutter H. S. 71 ist auf der Düne gestrandet. Die Mannschaft konnte gerettet werden. Auf ein Notsignal des Fisch-Spezers H. S. 39 wurde dessen Besatzung durch ein Helgoländer

Retungsboot am Land gebracht. Auf den Halligen hat sich der Sturm zu einem richtigen Orkan ausgewachsen; die hohe See durchbrach an vielen Stellen die Deiche, wodurch die Halligen auf weite Strecken hin von der Sturmflut überflutet wurden. Zwei Schuten, die sich im Schlepptau eines Dampfers befanden, sind gesunken. Auf dem Festland drang das Wasser in der Nähe einer Höhe bei Husum durch die Deiche; die Feuerwehre mußte alarmiert werden. Auf der Insel Sylt hat das Unwetter an den Dammbauten Schaden angerichtet. Die Eisenbahnstrecke Husum-Nendeburg mußte für den Verkehr gesperrt werden. Das Wasser bedroht bereits den Eisenbahndamm. Sehr schweren Schaden hat der Sturm auf den von England mit Kohlen nach Hamburg unterwegs befindlichen Dampfern „Fernhill“ und „Horrieherry“ angerichtet. Von Helgoland wird noch gemeldet, daß dort der Seedampfer „Krisla“ an der Düne gestrandet und schwer beschädigt worden sei.

**Ablösung der Orden in der Türkei.** Die türkische Regierung hat sämtliche bestehenden türkischen Orden abgeschafft und beschlossen, daß an Fremde überhaupt keine Ehrenzeichen mehr verliehen werden. Als einziges türkisches Ehrenzeichen bleibt die Unabhängigkeitsmedaille, die von der Ankara-Regierung eingeführt wurde.

**Ein Liebhaber für Wertgegenstände aus der ehemaligen Hofburg in Wien.** Die Wiener Polizeibehörden haben vor einigen Tagen den Oberaufseher der Hofburg, Marek, verhaftet, der beschuldigt erscheint, seit dem Umsturz Wertgegenstände aus dem einstigen Hofbesitz entwendet zu haben. Es wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der man eine Anzahl von Gegenständen fand, die teils aus den Auktionskäufen, teils aus dem hiesigen Besitz stammend, von ihm einmündet wurden. Darunter befand sich auch eine Anzahl goldverzielter Geschirre mit den Initialen der Kaiserin. Sämtliche Gegenstände wurden beschlagnahmt. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

**Wegen Billigung des Reichs-Attentates.** Vor dem Landesgericht in Brünn wird sich am Freitag der Redakteur des kommunistischen Wochenblattes „Pravda“ Vladimir Burian wegen Billigung des Reichs-Attentates zu verantworten haben. Burian veröffentlichte am 11. Jänner in dem genannten Blatte unter dem Titel „Attentat“ einen Artikel, in dem er das Attentat gebilligt haben soll.

**Bei der Rettung ihres Kindes tödlich verunglückt.** Als am Montag die 34jährige Emma Dreher mit ihrem neunjährigen Sohn zu einem Begräbnis nach Wehlhagen ging, lief der Junge bei der Aufbruchzeit in die Dampflokomotive unter den bereits geschlossenen Bahnschranken durch. Die erschreckte Mutter lief ihm nach, um ihn zurückzuziehen, wurde aber von dem heranziehenden Schnellzuge erfaßt und vollständig zermalmt. Der Junge kam unverletzt über die Schienen.

**Ein Liebesopfer.** Dieser Tage wurde im Reichsforst Walde von Arbeitern die Leiche des 34jährigen Ludwig Hönl aus Wehlhagen, Bezirk Raaden, und die Leiche der 19jährigen Marie Weigert aus Rosengarten aufgefunden. Die beiden sind, wie aus einem vorgefundenen Schreiben ersichtlich ist, gemeinsam in den Tod gegangen. Zuerst hat der Dursche das Mädchen und dann sich selbst erschossen.

**Ein Hiesigengegend niedergebrennt.** Eine der ältesten und bekanntesten Bauden des Riesengebirges, die Käbezahl-Schnurhart-Baude in Bräunenberg, die neben der Großen Teichmann-Baude steht, ist am Sonntag bis auf die Umfassungsmauern niedergebrennt. Die Ursache ist noch nicht völlig geklärt. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften hatten große Mühe, den Brand auf die eine Baude zu beschränken.

**Die Oberflotte der Tschechoslowakei.** Gemäß dem Verfallener Friedensvertrag wurde der Tschechoslowakei eine Flotte zugesprochen, die aus Schlepptau- und Hubschiffen in der Gesamtstärke von 6885 Pferdekraften, Frachtschiffen von einer Tragfähigkeit von 35.780 Tonnen und Ausladungsschiffen von 1989 Tonnen Laderaum besteht. Bislang wurden übernommen: die Dampfer „Friedrich der Große“ mit 675,

„Fürst von Pleß“ mit 700, „Kaiser Wilhelm VII.“ mit 700, „Otto“ mit 819, „Osten“ mit 675, „Johanna“ mit 688, „Neufels“ mit 300, „Stadt Fürstberg“ mit 300, „Dante“ mit 110, „Frieda“ mit 80 Pferdekraften. Weiters wurden übernommen 40 Frachtschiffe mit einer Tragfähigkeit von 18.274 Tonnen und fünf Ausladungsschiffe.

**Witterungsübersicht am 4. September.** Im Bereich einer nördlichen Hochbildung der kalten Mittelmeer-Depression war in der Nacht auf Montag in der ganzen Republik trübes, regnerisches und zum Teil nebligtes Wetter eingetreten. Die Temperatur erhob sich nur am Elbstrand der Slowakei über 20 Gr. C. (in Ungarn auf 26 Gr.); Südwetterböen hatte nicht einmal nachmittags 15 Gr. C. In West- und Nordböhmen, sowie in Schlesien waren die Regenmengen unerheblich (0,5 Millimeter), sonst schwanken sie zwischen 2 und 8 Millimeter. Dr. Podgajak hatte 13 Millimeter. An der Donau und in der Tatra regnete es noch heute Dienstag morgens, trotzdem keine Hochbildung bereits in dem hohen Druck aufsteht, der sich von Biscaya her über das Binnenland hereinzieht. In Böhmen begann daher die Bewölkung bereits am Morgen zeitweise aufzubrechen; in Eger sank dabei die Temperatur wieder auf den Gefrierpunkt, wogegen die Hochminima im bedeckten Osten stellenweise nicht unter 15 Gr. C. herabgingen (Ludbice, Ungar). Die Ausdehnung der Beseuerung ist noch nicht gesichert, obwohl die Tagestemperaturen zunehmen dürften. Die nordatlantische Depression hat einen Ausläufer bis an die Nordsee vorgeschoben, dessen bevorstehender Vorwärtsgang die Wetterlage unsicher macht. — Wahrscheinliches Wetter am 5. September: Etwas kühleres, doch noch nicht beständiges Wetter, Westwind.

### Prager Chronik.

Von der Prager Straßenbahn.

Die „Rednota“, das Organ der Angehörigen der elektrischen Unternehmungen in Prag, teilt mit, daß die Aufsichtsräte der Finanzkommission der Stadt Prag dem Verwaltungsrat der elektrischen Unternehmungen den Beschluß mitgeteilt haben, den Fahrpreis der elektrischen Straßenbahn in Prag auf eine Krone zu erniedrigen. Dieser Beschluß wurde der Verkehrskommission zur Erörterung übergeben. — In der letzten Sitzung der Prager Zentralverwaltungskommission wurde die von der engeren Verwaltungskommission beantragte Fortführung der Straßenbahnstrecke von Pilsen nach Kobilis beschlossen. Der Aufwand beziffert sich auf 1.778.825 Kronen und wird aus der englischen Anleiheanleihe gedeckt. Weiter wurde beschlossen, eine Verbindungsstrecke zwischen der tschechischen Technik auf dem Karlsplatz und dem „Karlstafel“ herzustellen und die Gasse beim Vokzalmarkt zu rekonstruieren. Der Gesamtanfang wird beziffert sich auf 1.273.970 K und wird ebenfalls aus der erwähnten Anleihe gedeckt. Gelegentlich dieser Beschlüsse wurde auch der Ausbau der Straßen nach Ordloz, Malechiv und Branik angedacht und der Beschluß gefaßt, diesen Ausbau mit Beschleunigung durchzuführen.

Aus dem Polizeibericht.

Gestern gegen 5 Uhr früh fand ein Polizeiwachmann im Pilsener bei Stup die Leiche eines Mannes. Wie festgestellt wurde, ist der Tote der in Russe, Havlicekstraße Nr. 169, wohnhafte Franz Divis. Die Todesursache dürfte die gerichtliche Sektion ergeben. Man nimmt an, daß Divis im Schlafe von der Umfassungsmauer des Pilsener abgestürzt sein dürfte. Beim Sturz erlitt er sich die Schädeldecke und dürfte dann im eigenen Blute erstickt sein. — Von der Straßenbahn: Im Bahnhofsplatz Montag früh der Kettwagen Nr. 21, aus Borschrad in Pilsen kommend, überfuhr er die Nordsee. Er war im Wasser war, überfuhr er die See, schwamm ans Ufer und wurde von den Fischern herausgezogen und in das Krankenhaus überführt. Der Grund der Tat ist nicht bekannt. — Auf einer Polizeistreife in der Pilsener Straße wurden in der Prager Altstadt 70 Frauen und sechs Männer wegen Vagabondage festgenommen.

Hände, hat, in jeder Hinsicht über ihn zu verfügen, wenn er irgendwie helfen könne und empfahl sich.

Und nun war sie allein. An diesem Tage und an den folgenden Tagen, zur Weihnacht und am Jahresende. Sie begann das neue Jahr in ihrer Einsamkeit und ging noch immer wie im Traum umher. Sie hatte das Gefühl, als schwebte sie in einem leeren Raum; als sei jede Bewegung tödlich, weil sie sich keinen Zweck dachte, kein Ziel empfand, dessentwegen sie dies oder das hätte tun sollen.

Sie sah fast immer am Fenster und blickte hinaus und folgte mit ihren Augen den Blüten, die in überreicher Menge Tag für Tag niederschwebten und im Garten schon alles Dunkle in ihrer weichen, weißen Masse begraben hatten. Immer höher häuften sich die Schneeberge in den Straßen.

So ging der Januar hin, der Februar. Und noch immer schneite es, und noch immer sah Frau Trude stundenlang am Fenster und sah auf die ungeheuer weite, weiße Schneefläche da draußen, in der die Bäume der Landstraße fast bis zur Krone steckten.

Dann kam der März und brachte einige hellere Tage. Ein großes Schmelzen begann. Und es war erstaunlich, wie schnell die Schneeberge in sich zusammenzogen, wie die Gassenbäume herauswachsen aus der weißen Masse und eines Morgens fast schon wieder in ihrer natürlichen Größe dastanden.

Ein paar Spaten und Meisen karrten vorlaut in der Kastran und machten es wie die Dä-

ler, die ihre Frühlinglieder mit friedender Seele zusammenreimen.

Frau Trude war nun ruhig geworden. Ganz ruhig. Das Träumen fiel allmählich von ihr ab; ihr Sinne suchte nach Tätigkeit und begann sich allmählich ein wenig um die Gestaltung der Zukunft zu kümmern. Der lange Friedrich war vom Tode Tattenbachs unterrichtet worden. Er wollte kommen, so schnell, als es sich ohne allzu große Geschäftseinbuße tun ließ. Er hätte schon hier sein können, wenn der Schnee mit seinen Wällen nicht manche Straße versperrt und Fuhrwerk um Fuhrwerk festgelegt hätte.

Eines Tages, als Frau Trude wieder am Fenster saß, sah sie einen dunklen Punkt zwischen den Ahornbäumen in der Ferne auftauchen. Sie blickte ihn im Auge; er kam näher und näher. Und als er ungefähr bis zur Hälfte des Weges gekommen und schon eine fastkartige Form angenommen hatte, da wußte sie, daß es die Glückshude sei, die da hinter dem alten, nidenden Schimmel herangewadelt kam. Ihre Glückshude!

Eine Viertelstunde später trat Friedrich ins Zimmer. Er sah mit seinen frischen rosen Ge-sicht nicht anders aus als vor Jahren. Um seine lange Gestalt schlotterte noch immer der graue Mantel. Sein linker Arm war ja stets wie ein Pumpenschwengel gegangen; nun aber konnte der rechte auch wieder mit, wenn ihm auch eine kleine Schwäche als ungeliebtes Andenken an die Grevesberger Schlacht geblieben war.

Friedrich mußte sich bücken, um durch die niedrige Tür zu kommen.

Und dann stand er sie sich gegenüber und

schüttelten einander die Hände. Und er mußte immer wieder seinen Blick an der schlanken, fast überschultrigen Gestalt haften lassen, an dem schmalen Gesicht, das die Spuren einer langen Leidenszeit trug und über dessen Lächeln ein leichttrauriger Hauch lag.

Frau Trude bemerkte, daß er belangener sei als früher, daß ihm irgend etwas Unruhe verursache und daß sein Blick immer wieder aus dem Fenster ging — nach dem Wagen, der hinter dem Garten hart an der Hecke stand. Vielleicht sorgte er sich um das Pferd. Aber es stand ruhig in der warmen Märzsonne, das Maul andächtig im Futterkübel vergraben.

So kam nur stöckend eine Unterhaltung im Gang. Friedrich sprach sein Beileid zum Tode Tattenbachs aus. Und dann: „Die Geschichte mit dem Jungen! Sie haben nicht schlecht über mich geschimpft, was? Na, ich würde es Ihnen nicht übel nehmen. Aber es war wirklich nichts mit ihm zu machen. Gesund war er! Und gut geht's ihm, hat er mir geschrieben. Ihnen wohl auch? Ja — na — also: wollen Sie mich nun küssen? Oder vergeben Sie mir?“

Sie gab ihm lächelnd die Hand: „Behalten Sie Ihren Kopf, Friedrich.“

„Ich brauche ihn auch!“ Er ließ es eifrig hervor und ließ ein verlegenes Lachen folgen. Und wieder ging der Blick zum Wagen. Und wieder kehrte er zurück, forschte in Trudes Augen, in ihren Lippen und senkte sich dann verlegen zu Boden. Ein ganz unwillkürliches Warmeln: „Nein, mit Ihnen ist sie ja nicht zu vergleichen.“

Trude hatte es doch gehört. „Wer?“



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Erhebung über die Produktion.\*)

Der erste Band der vom Internationalen Arbeitsamt durchgeführten Erhebung über die Produktion ist erschienen. Dem Amt wurde seitens des Verwaltungsrates aufgetragen, eine Erhebung zu veranstalten „über die industrielle Produktion der verschiedenen Länder der Erde und in seinen Berichten die Arbeitsverhältnisse und die Kosten der Lebenshaltung zu berücksichtigen“. Die wesentliche Aufgabe der Erhebung war, zu untersuchen, in welchem Maße diese Krise auf verschiedene sozialpolitische Reaktionen und wie die Einführung des Achtstundentages oder die in verschiedenen Ländern erfolgte Abschaffung der Stückarbeit zurückzuführen war. Es wurde auch gewünscht, daß die Erhebung zugleich alle jene Faktoren in Betracht zieht, die bei dem Produktionsrückgang eine Rolle spielen könnten: die Rohmaterialkrise, die Transportkrise, die Währungs- und Kreditkrise, die Absatzkrise.

Die Ergebnisse der Erhebung werden in vier Bänden erscheinen, und zwar in französischer Sprache, doch werden zusammenschneidende Übersichten auch in anderen wichtigen Sprachen, namentlich deutsch und englisch, veröffentlicht werden. Der erste Band ist eben aus der Presse gekommen. Er wird mit einem einleitenden Brief von Albert Thomas (dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes) an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates eröffnet, worin auf die Entstehung, der Erhebung, die zu überwindenden Schwierigkeiten und die durch die Erhebung hervorgerufenen Kontroversen hingewiesen wird. Daran schließt sich eine allgemeine Einleitung, welche die seit Beginn der Erhebung eingetretenen Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Lage behandelt. Der vorliegende erste Band gibt ferner Auskunft über den Plan, welchem der Bericht folgt, über den Gang der Erhebung, den Text der Fragebogen, Listen von 29 Regierungen, 180 Berufsorganisationen und 39 Genossenschaften, welche den Fragebogen beantworteten, sowie von 206 Personen, die Auskünfte erteilten. Daran schließt sich ein Literaturverzeichnis von über 200 Seiten, das nach Angaben der verschiedenen Regierungen zusammengestellt worden ist. Außerdem sind 40 statistische Tabellen und 92 graphische Darstellungen beigegeben.

Der zweite Band ist im Druck, während die beiden abschließenden Bände im Verlauf von zwei bis drei Monaten erscheinen werden. Aber schon der erste Band gestattet, die Leistung des Internationalen Arbeitsamtes einzuschätzen, das hier außerordentlich reiches Material über wirtschaftliche und soziale Probleme gesammelt hat. In dem einleitenden Brief weist Albert Thomas darauf hin, daß die Masse der gesammelten Angaben und ihre Bearbeitung sich von großem Nutze für alle jene erweisen werden, die sich um das Wert des sozialen Fortschrittes bekümmern, das vom Internationalen Arbeitsamt aufgenommen wurde.

**Vertragskündigung in der Textilindustrie.** Der Leinenverarbeiter für Paris hat die Kündigung des Vertrags vom 1. September zum 30. September gekündigt. Der Arbeitgeberverband führt in seiner Begründung an, daß es notwendig ist, einen weiteren Teil der Reize zu ersparen, damit nach und nach die notleidende Leinenindustrie wieder konkurrenzfähig gemacht werden kann. Auch erwarten die Unternehmer eine Lebensmittelernte mit der neuen Ernte. — Also weil

\*) Internationales Arbeitsamt. — Erhebung über die Produktion. Allgemeiner Bericht. I. Band. (Zu beziehen beim Hauptverlag: Berger-Verlag, 5 rue des Saussaies, Paris 1923, oder bei der Verkaufsabteilung des Internationalen Arbeitsamtes (Genf.) Preis 12,50 Schweizer Franken, 25 französische oder belgische Franken.

Eine Handbewegung antwortete ihr. Dann hob Friedrich mit einem jähen Aufblick den Kopf: „Frau Trude, ich habe immer in heiliger Verehrung an Sie gedacht, — ich —“ er suchte nach Worten und legte seine großen Hände betauernd auf die Brust, „ich — ja ich liebe Sie, Frau Trude.“

Sie unterbrach ihn hastig: „Nein, bitte, davon nichts, Herr Friedrich. Jetzt nicht und nie. Es darf zwischen uns keine Rede davon sein.“

Er nickte: „Das wußte ich ja.“ Und hob die Linde: „Fürchten Sie nicht, daß ich mir Ihre jetzige Lage zumute machen will. Im Gegenteil...“ Er schüttelte den Kopf und lachte verlegen vor sich hin. „Wie soll ich es Ihnen denn nun sagen?... Ich will ganz offen sein: zuweilen habe ich daran gedacht, seit der armen Tantenbrot ist: ob Sie mir wohl gut sein könnten und — na —“ Wieder die fortschleudernde Handbewegung. Ein Aufatmen: „Das war ein Unfuss, natürlich, nein: verrückt darüber!“ Er lachte. „Sie und ich — daran auch nur zu denken! Ich, ein großer, tolpatschiger Geselle — und Sie, so fein und so hoch! Ja, hoch für mich!“ Ein bewundernder Blick. „Und nun das andere. Wie soll ich es Ihnen sagen?“ Er schüttelte ärgerlich den Kopf: „Ich bin, weiß Gott, wie ein Kind, wenn Sie da sind. Wie ein dummes Jungel!“

Sie lächelte in ihrer alten Sicherheit: „Wenn ich mir erst wüßte, wo Sie hinauswollen. Warum sprechen Sie es einfach nicht aus? Haben Sie kein Vertrauen mehr zu mir?“

Er richtete ihn mit einem Auf: „Vertrauen? Das ist ein ganz armes Wort, Frau Trude! Vertrauen! Jedes Wort von Ihnen ist mir wie lauter Gold! Eben deshalb! Was

die Unternehmer eine Verbilligung der Lebensmittel nach der neuen Ernte erwarten, müssen die Arbeiter, den Agrariern schon jetzt mit gutem Beispiel voranzugehen! Und wenn die Körndel- und Höndelwucherer keine Lust verspüren sollten, mit den Preisen herunterzugehen, werden dann die Textilindustriellen die Löhne freiwillig erhöhen?!

**Der deutsche Großhandelsindex hat nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ die Riffer von 3.063.358 erreicht, das heißt, die Warenpreise sind in Papiermark drei Millionen mal so teuer wie Mitte 1914.**

**Die Herrschaft des französischen Kapitals in Polen.** Bezeichnend für den überhandnehmenden Einfluß des französischen Kapitals ist der Umstand, daß die Franzosen nunmehr von den Polen verlangen, daß die kleinen Gruben des Tombravaer Gebietes außer Betrieb gesetzt werden. Als äußerster Termin wurde der 1. Oktober 1923 gestellt. Diese Maßnahme soll im Interesse der großen, im französischen Besitz befindlichen Kohlengruben Kongresspolens erfolgen, die durch die Sperre der kleinen Pachtgruben einen ungleichen Wettbewerbs los werden. Die Pächter der außer Betrieb kommenden Gruben, die zusammen 35.000 Arbeiter beschäftigen, drohen mit Erfordernissen. Neben der politischen Ausnutzung Polens durch seinen traditionellen Freund machte sich die wirtschaftliche Ausbeutung sehr unangenehm fühlbar.

**Geschäftsbeteiligung von Angestellten.** Die amerikanische Blätter melden, hat der Vertreter der American Merchandising Corporation in Wien Max Grab mit seinen Angestellten ein Uebereinkommen getroffen, daß sie mit 25 Prozent am Reingewinn des Geschäftes beteiligt sind. Nach seinem Tode fällt das ganze Geschäft an seine Angestellten, die eine gewisse Jahresrente an die Hinterbliebenen des Chefs zu zahlen hätten.

### Devisenkurse.

**Die tschechische Krone notiert in:**

Paris	100	Schw. Frank	10.45'00
Berlin	100	Mark	385.900'00
Wien	100	Scherr. Kr.	2114'00

**Prager Kurze am 4. September.**

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1348'00	1352'00
10.000 Mark	2'75	3'25
100 belg. Francs	159'00	160'50
100 schweiz. Francs	617'50	620'00
1 Pfund Sterling	154'75'00	158'25'00
100 Lire	145'75'00	147'25'00
1 Dollar	3'85'00	34'35'00
100 franz. Francs	193'5'00	195'25'00
100 Dinar	98'97'50	98'57'50
10.000 ungar. Kronen	17'50'00	18'50'00
10.000 poln. Mark	1'41'25	1'45'75
10.000 österr. Kronen	4'65'00	5'15'00

**Züricher Schlusskurze am 4. September.**

	Geld	Ware
Paris	31'30'00	31'35'00
London	25'16'00	25'18'00
Berlin	0'00'04'00	0'00'05'00
Mailand	23'50'00	23'60'00
Sofland	218'00'00	218'50'00
Wien	0'00'77'75	0'00'78'25
Budapest	0'03'00	0'03'25
Bray	16'40'00	16'50'00
New York	5'54'50	5'55'50
Belgrad	5'87'50	5'97'50
Warschau	0'00'24'50	0'00'26'00

## Arbeiter-Bildungsbewegung.

### Die belgischen Arbeiterbildungsbereine

In Brüssel fand jüngst der Kongress der belgischen Arbeiter-Bildungsbereine statt, an dem 150 Delegierte teilnahmen. Die Errichtung eines Frauensekretariats für die Arbeiter-Bildungsbewegung

werden Sie denken von einem Menschen, der Sie geradezu angehimelt hat und sich nun eine andere mitbringt?“

„Was?“ Sie lachte hell heraus. „Wenn Sie mitgebracht?“

Er wurde gutrot. „Zeit mir das Wiesel davon ist, was's nicht mehr auszuhalten. Die Einsamkeit! Ich kann's nicht ertragen, allein zu sein! Und nun lief sie mir in den Weg.“

„Wer? Ein Mädchen?“

„Ja.“ Er sah sie mit strahlendem Lachen an. „Emilia heißt sie. Ein gutes Kind, wirklich, Frau Trude! Sonst hätte ich sie nicht geheiratet.“

Frau Trude geriet in immer größeres Erstaunen: „Was? Sie haben Hochzeit gemacht und schreiben mir kein Wort davon?“

„Ja, wissen Sie —, er wand sich in starker Verlegenheit, „Hochzeit hatten wir nämlich so recht noch keine... Wenn Sie es nicht übel nehmen... das heißt... ja: ich wollte das eigentlich mit Ihrer Hilfe... hm, wir möchten hier Hochzeit machen.“

„Aber gewiß! Wenn ich Ihnen helfen kann! Und nun holen Sie mal schnell Ihre kleine Braut herein.“

Er war schon an der Tür, lehrte aber noch einmal um und sah sie ihre Hände: „Sind Sie mir aber auch wirklich nicht böse? Denken Sie nicht schlecht von mir?“

„Aber nein, nein, nein!“ Und dann schrie sie lachend auf, weil er ihr fast die Hände zerquetschte.

Dann war er hinaus. Sie sah ihn im Garten mit seinen langen Armen winken und hörte ihn rufen: „Emilia! Emilia!“

(Schluß folgt.)

gung wurde beschlossen. Zu den Aufgaben dieses Sekretariats gehört die Aufstellung von Arbeitsplänen für Frauenschulen sowie die Errichtung von Sommerschulen für Frauen. Unter anderem wurde die Notwendigkeit des Zusammenhanges der Arbeiterbildungsvereine mit dem Gesangs- und Turnvereinen betont. Die Unterstützung der Bezirkskomitees der Arbeiter-Bildungszentrale durch Partei und Staat wurde gefordert. Ein anderer Beschluß sieht vor, daß wenigstens einmal im Jahre eine Zusammenkunft der Lehrer stattfinden. Gefordert wurde die Herausgabe eines Handbuchs für Arbeiterbibliothekare, sowie eines Handbuchs für die Naturfreundebewegung. Im Monat September findet an der belgischen Arbeiterhochschule eine Frauenwoche statt. (Vehrgenstände dieser Frauenwoche sind die „Aufgaben der Frau innerhalb der Arbeiterbewegung“, und die „Erziehung der Arbeiterin“.)

Vom Oktober 1923 bis Juli 1924 findet an der belgischen Arbeiterhochschule ein flämischer Kurs statt. Die Erfolge solcher Kurse sind glänzend. 13 von 45 Teilnehmern des letzten Kurses haben ihre Stellen in der Arbeiterbewegung wieder eingenommen und legen Beweise größerer Fähigkeiten ab, fünf anderen Schülern wurden Posten innerhalb der Arbeiterbewegung angeboten. Um den Nutzen der von der belgischen Arbeiterhochschule geleisteten Erziehungsarbeit zu veranschaulichen, sei erwähnt, daß die Augustnummer der belgischen Arbeiter-Bildungsschrift („Education et Recreation“) nur aus Beiträgen von Exstudenten der belgischen Arbeiterhochschule zusammengestellt wurde.

### Proletarische Sommerschulen.

Der Gedanke der proletarischen Sommerschulen wird in immer stärkerem Ausmaße und mit immer wachsendem Erfolge von den Arbeiterbildungszentralen der ganzen Erde der Verwirklichung zugeführt. Unsere Parteischnulen, die letzte im August 1922 in Karlsbad, waren seit je proletarische Sommerschulen. Auf englischem Boden veranstaltete heuer in der Zeit vom 7. Juli bis 25. August die Vereinigung für Arbeiterbildung eine Sommerschule in Bangor, an der unter anderem über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung sowie über die Psychologie des Individualismus und der Gemeinschaft unterrichtet wurde. Zur gleichen Zeit veranstaltete das gewerkschaftliche Bildungsausschüsse eine Sommerschule in Chester. Der Nationalrat der Arbeiter-Universitäten veranstaltete nicht weniger als drei Sommerschulen in England: in Liverpool, Culceth und North-Queensferry. Endlich gingen von der Unabhängigen Arbeiterpartei zwei Sommerschulen aus, eine im August in Scarborough, eine im September in Hoddesdon. In diesen Schulen sprachen unter anderem Ramsay MacDonald über „Fehler unserer Propaganda“ und Bertrand Russell über „Die Sozialisierung der Universitäten“. Die Sommerschule der Fabianer fand in Hindhead statt und behandelte in der ersten Woche Finanzfragen, in der zweiten landwirtschaftliche Fragen, in der dritten das internationale Problem, und in der vierten Arbeiterprobleme. Erfolgreich gestaltet sich die Sommerschule der Arbeiter-Bildungsvereinigung in Oxford. Unter den Studenten fand man Bergarbeiter, Lokomotivführer, Maschinenbauer, Lehrer, Staatsbeamte, Handelsangestellte. Drei Studenten kamen aus Amerika, zwei aus Australien, einer aus Neuseeland.

Die schwedischen Genossen veranstalteten ihre Sommerschule im Juli in Brunnsbil, die von 75 Hörern besucht war. Die Schüler hatten den zur Behndlung gelangenden Stoff zwei Monate vor Beginn des Kurses genau zu studieren. Diese Methode gestattete dem Lehrer, den Stoff viel eingehender zu behandeln. Jeder Teilnehmer hatte über das zur Sprache kommende Thema einen vorbereitenden kurzen Vortrag zu halten. Der Unterricht erstreckte sich auf Gewerkschaftslehre, Genossenschaftsbewegung, Staats- und Gemeindeverwaltung, Bücherlehre.

Auf amerikanischem Boden verdient Erwähnung die Sommerschule in Colorado. Sie fand im Juli in „Strontia Springs“, ungefähr 20 Kilometer von Denver entfernt, statt. Sie wurde ermöglicht durch ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterorganisationen des Staates Colorado, des Industrievereins Denver und der Arbeiterhochschule von Denver. Die Kurse fanden morgens und abends statt.

In Paris fand vom 28. Juli bis 10. August auf Anregung der Engländer die dritte internationale Genossenschafts-Sommerschule statt.

Die Bildungsabteilung des internationalen Gewerkschaftsbundes veranstaltete drei Sommerschulen, und zwar im Schloß Schönbrunn (Wien), auf Schloß Linz (Thüringen) für Arbeiterjugend, und auf Schloß Brühl (zwischen Köln und Bonn).

Die deutschen Genossen veranstalteten einen Arbeiter-Bilderkurs auf Schloß Linz bei Gera, sowie für die sozialistische Jugend eine Osterschule in Kassel.

Auf österreichischem Boden fand, veranstaltet von den österreichischen Kinderfreunden, eine Kinderfreundschaftsschule in Schloß Lehen bei Salzburg statt, an der Oesterreicher, Reichsdeutsche, Deutschböhmen und Holländer teilnahmen.

Erwähnung verdient, daß der Gedanke der Arbeiterstipendien erneut aufsteht. So stellte das schwedische sozialistische Blatt „Ny Tid“ von Gotenborg einem jungen schwedischen Arbeiter ein Stipendium zur Teilnahme am Turer Kurs zur Verfügung. Dasselbe tat für Brühl

der Schweizerische Verband der Gemeinde- und Staatsangestellten. Ebenso beschloß das London Labour College die Gründung eines Stipendienfonds für die Teilnahme seiner Hörer an Kursen der Arbeiterhochschulen in Deutschland. Es werden alle Kosten für drei Monate bezahlt.

## Aus der Partei.

Die Deutsche sozialdemokratische Partei in Preßburg hat unter anderem folgende Genossen zu den Gemeinderatswahlen kandidiert: August Mahac, Beamte; Heinrich Kalmar, Redakteur; Ludwig Risi, Kleinkaufmann; Karl Philipp Kovarik, Buchdrucker; Adalbert Brody, Handelsangestellter; Leopold Ferstl, Schlosser; Karl Reismüller, Schlosser; Rosa Kernbl, Tabakarbeiterin; Karl Bauer, Buchbinder; Viktor Reberts, Maschinist; Ludwig Scholz, Beamte. Der größte Teil von ihnen wirkt seit vielen Jahren in der Arbeiterbewegung Preßburgs und sie bieten eine Gewähr dafür, daß sie auch in der Gemeindefürsorge die Interessen der Arbeiterschaft würdig vertreten werden.

## Kunst und Wissen.

**Gastspiel Siegfried Hofer — Karthausstellung.** Der Künstler spielt: Freitag die Gastrolle des Theaterdirektors Strieje in Schönthans Lustspiel „Raub der Sabinerinnen“ und Samstag in einer 10 Uhr...vorstellung die Rolle des Beiratsvermittlers Simon Brandeis in dem neuen lustigen Willensschwank „Amor in Nikolsburg“ von Friedmann. Sonntag nachmittags halb 3 Uhr wird „Amor in Nikolsburg“ zum erstenmal wiederholt.

**Neues Theater.** Heute halb 8 Uhr Richard Wagner's „Rheingold“ in der Neuauflage von Emil Pirchan-Berlin; morgen Donnerstag, halb 6 Uhr „Die Walküre“; Samstag abends Puccini's Oper „Madame Butterfly“ mit Lily de Garma und Max Eisenberg in den tragenden Hauptpartien; Sonntag halb 7 Uhr abends Richard Wagner's „Lohengrin“.

## Betterberichte

Der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

4. September 1923 morgens	Windrichtung Windstärke Temperatur °C	Wolken ausg. (0-10)	Wetter	Baromet. mittl. (mm)	Thermomet. mittl. (°C)
Prag	770	10	—	bedekt	11
Brunn	769	12	NW	bed.	11
Mentaviti (Island)	744	12	NW	Regen	11
Sonowani (Island)	762	11	—	better	11
Valencia (Island)	760	11	NW	bed.	11
London	760	11	SA	bed.	11
Litke (Norwegen)	763	11	S	bed.	11
Stockholm	764	19	WSW	better	11
Damburg	769	9	SW	better	11
Barichau	760	14	N	bed.	11
Paris	771	7	—	heil.	11
Jarich	769	10	N	bed.	11
Wien	769	12	NW	Regen	11
Belgrad	768	19	SW	act.	11
Zufahrt:	—	—	—	—	—
Paris (Frankl.)	778	13	SW	bed.	11
Florenz	764	19	W	bed.	11
Athen	762	27	NNO	heil.	11

Öbhenstationen (Luftdruck nicht reduziert)

Donnerberg 840 m	665	7	NNO	Regen	11
Schneealpe 1910 m	683	1	N	bed.	11
Suglvice 2060 m	684	3	W	bed.	11

## Mitteilungen aus dem Publikum.

**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 25, Kl. Saal.  
1832

## Zum Schulbeginn.

Winter- und Anabenschulbücher, Herbsttagelänge, Wintermäntel in erstklassiger Ausführung und bester Qualität offeriert Spezialhaus **Ferdinand Pirch, Prag, Cifengasse (Zelenská) 14.** Filiale Nationalstraße (Károlyi út.) 37, „Platteis“. 1789

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

**Blätter**  
**Lesestoff**

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Vollstundhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.** Inserieren Sie im **Sozialdemokrat !!**

Jeder Band gebunden 5 Kronen.  
Vervollständigte kosten.  
Handlung **Freiwillig**  
Lipitz-Schönanau,  
Theresienstraße 18.